



SIMILIS SIMILI GAUDET

DIE POLITISCHE KULTUR DES BERNER JURAS
IM VERGLEICH MIT DEM KANTON JURA UND DEM KANTON BERN

Marc Bühlmann und Flavia Caroni

Année Politique Suisse

Institut für Politikwissenschaft,

Universität Bern

15. Oktober 2013

INHALT

Einleitung	3
Schritt 1: Globalanalyse	6
Schritt 2: Historische Entwicklungen	9
Schritt 3: Materielle Differenzen	14
Schritt 4: Thematische Unterschiede	19
(1) Thematische Analyse: Global	20
(2) Thematische Analyse: Materielle Unterschiede	22
Fazit	31
Anhang 1: Liste der Abstimmungen und wichtigste Eckdaten (Anteil Ja-Stimmen in Prozent aller gültigen Stimmen in einer Region / dem Kanton Jura).	34
Anhang 2: Differenzen im Ja-Stimmenanteil zwischen dem Berner Jura und Restbern bzw. dem Kanton Jura (einzelne Vorlagen pro 5 Jahre)nach Abstimmung	39
Literatur	46

EINLEITUNG

Am 24. November stimmen die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Jura sowie des französischsprachigen Teils des Kantons Bern über die Lancierung eines Prozesses ab, der letztlich eine Fusion der beiden Gebiete zum Ziel hat. Während die Abspaltung des Kantons Jura vom Kanton Bern in den 1950er bis 1970er Jahren hohe Wellen geworfen hatte, scheint der zweite Anlauf für eine Vereinigung des gesamten französischsprachigen Gebiets im Norden des Kantons Bern zumindest bisher weniger Emotionen zu wecken.

Mindestens zwei Gründe dürften für die – zumindest bis jetzt – durchaus engagiert, aber doch insgesamt ruhig verlaufende Kampagne verantwortlich sein. Erstens wird auf Provokation bewusst verzichtet; alte Wunden sollen nicht wieder aufgerissen werden. Entsprechend werden Worte auf beiden Seiten sorgsam abgewogen und allfällig aufkommende Wogen rasch geglättet. So stiessen denn die aggressiven Plakate der Jungen SVP Bern gegen die Fusion mit der „Jurassischen Mafia“ oder „gegen das vergiftete Geschenk“ zu Beginn der Kampagne Anfang September auf erstaunlich wenig Echo.

Zweitens – und dies ist wohl von grösserer Bedeutung – scheint das Resultat der Abstimmung bereits jetzt klar zu sein. Eine Umfrage Mitte Juni hat im Berner Jura eine recht deutliche Loyalität mit dem Kanton Bern gezeigt. Ebenso deutlich fällt die Zustimmung *für* einen Fusionsprozess im Kanton Jura aus. Die Meinungen scheinen gemacht und allgemein wird erwartet, dass die neuerliche Abstimmung an den alten Grenzen kaum etwas zu verschieben vermag.

Dabei stellt sich allerdings die Frage, worauf sich die vielerorts bereits gemachten Meinungen stützen. Sowohl die Gegner- als auch die Befürworterseite ist bemüht, möglichst viele Argumente für oder gegen den Verbleib des Berner Juras im Kanton Bern vorzubringen. Steuerfüsse, Krankenkassengebühren, Spitalwesen, Arbeitsmarkt oder Lohnniveau dürften dabei allerdings nur marginal in die Überlegungen der Stimmbürgerschaft einfließen. Schon etwas gewichtiger dürfte das Hauptargument der Berner Regierung sein, die französischsprachige Region aufgrund ihrer Brückenfunktion nicht verlieren zu wollen. Auch die Überlegung, dass der Berner Jura mit seinen rund 50 000 Einwohnern im Kanton Jura (70 000 Einwohner) ein ungleich grösseres politisches Gewicht haben dürfte als im Kanton Bern (ohne Berner Jura 940 000 Einwohner), dürfte einige Befürworter überzeugen.

Allerdings lässt sich das Zugehörigkeitsgefühl zu einem politisch definierten Gebiet wohl kaum rational begründen (Bühlmann 2012). Das Bauchgefühl der einzelnen Stimmbürgerin und des einzelnen Stimmbürgers dürfte bei solch emotionalen Abstimmungen denn auch eine zentrale Rolle spielen (Vatter et al. 2000).

In der Diskussion bisher kaum Beachtung fand die Frage der politischen Kultur. Der Begriff der politischen Kultur bezeichnet dabei nicht die Art und Weise des politischen Zusammenlebens, sondern kann als über individuelle Einstellungen gemessene Gesamtheit von Werten und Einstellungen von Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik verstanden werden (Almond und Verba 1963; Gabriel 2008). Die Messung der politischen Kultur wird in der Schweiz auch durch Heranziehen von Abstimmungsresultaten vorgenommen (Linder und Steffen 2006; Seitz 1997). Ein Abstimmungsresultat

dient dabei gleichsam als Verteilungsmuster von politischen Orientierungen (Bolliger 2007). Obwohl diese Idee durchaus auch kritisch beurteilt wird (Freitag 2014), wird sie hier herangezogen, um die politische Kultur, also die in eidgenössischen Abstimmungen sich manifestierenden Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger des Berner Juras, mit der politischen Kultur des restlichen Kantons Bern und des Kantons Jura zu vergleichen.

Dieser Vergleich soll helfen, empirisch gestützte Argumente für die Diskussion um die politisch-kulturelle Nähe oder Distanz des Berner Juras zum Kanton Jura oder aber zum restlichen Kanton Bern zu liefern und mögliche Antworten auf folgende Fragen zu geben:

Entspricht die politische Kultur des Berner Juras eher derjenigen Restberns oder derjenigen des Kantons Jura? Lässt sich eine politisch-kulturelle Verwandtschaft mit dem nördlichen Kantonsnachbarn finden und damit ein politisch grösseres Gewicht nicht nur zahlenmässig, sondern auch inhaltlich begründen? Oder zeigt sich hinsichtlich der politischen Kultur des Berner Juras eine Distanz sowohl zum Kanton Jura als auch zum jetzigen Heimatkanton, so dass die Idee der Brücke nicht nur eine sprachliche, sondern auch eine politisch-ideologische Basis bekommt?

Ein Vergleich der Abstimmungsergebnisse zwischen dem Kanton Jura, dem Berner Jura und dem restlichen Kanton Bern lässt dabei nicht nur Aussagen zu unterschiedlichen politischen Kulturen und deren historischer Entwicklung zu. Eine detaillierte Gemeindeanalyse kann auch über die bereits im Januar 2013 virulent diskutierte Frage von gemeindeweisen Abstimmungen Aufschluss geben. Das zweistufige Abstimmungsverfahren lässt bei einer Ablehnung eines Fusionsprozesses im November allen Bernjurassischen Gemeinden in einem zweiten, späteren Schritt die Möglichkeit offen, eine kommunale Abstimmung über eine Fusion mit dem Kanton Jura zu organisieren. Allgemein wird erwartet, dass vor allem die Gemeinde Moutier, die seit einigen Jahren mit einem Zusammenschluss mit dem nördlichen Nachbarkanton liebäugelt, diesen Schritt gehen könnte. Darüber hinaus zeigt die gemeindeweise Analyse interessante Entwicklungen jener Kommunen, die im Verlaufe der Jahre und im Nachgang der Entstehung des neuen Kantons Jura verschiedene Schicksale erlitten – interessant sind hier etwa der Kantonswechsel der Gemeinde Vellerat, der letztlich nicht erlaubte Wechsel der einzigen deutschsprachigen Jurassier Gemeinde Ederswiler oder der Wechsel des Laufentals zum Kanton Basel-Landschaft.

Die nachfolgende Analyse stützt sich auf Abstimmungsergebnisse von eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen 1981 und 2012. Auf der Basis der Ja-Anteile bei 266 Vorlagen (eine Liste der Vorlagen findet sich im Anhang) werden die Differenzen zwischen den verschiedenen, für die am 24. November anstehende „Jura-Frage“ relevanten Gebiete berechnet: dem Kanton Jura (ab 1996 inkl. Vellerat), dem Berner Jura (alle Gemeinden; bis 1996 mit Vellerat) sowie dem restlichen Kanton Bern (bis 1994 inkl. Laufental).

Die Analyse wird in vier Schritten vorgenommen, die sich jeweils unterschiedlichen Fragen annehmen:

In einem ersten Schritt werden die Differenzen der Ja-Anteile global, d.h. als Mittel der Abstimmungsergebnisse (Ja-Anteile) für alle 266 untersuchten eidgenössischen Vorlagen analysiert. Politische Kultur wird hier also als relativ stabiles Aggregat aus 30 Jahren Abstimmungsergebnissen operationali-

siert. Die Fragen, die hier im Mittelpunkt stehen, lauten: Stimmt der Berner Jura im Mittel der letzten 30 Jahre bei eidgenössischen Abstimmungen insgesamt eher wie der restliche Kanton Bern oder wie der Kanton Jura? Gibt es kommunale Unterschiede im Berner Jura? Welche Differenzen zeigen sich in den Gemeinden, die von der Kantonsgründung des Kantons Jura stark belastet waren (Vellerat, Ederswiler, Moutier bzw. im Bezirk Laufen)?

Im zweiten Schritt wird die starke Aggregation gelockert. Die Betrachtung einzelner Jahre lässt die Analyse historischer Entwicklungen der politischen Kultur des Berner Juras und der einzelnen Gemeinden im Vergleich mit dem Kanton Jura und dem Kanton Bern (exklusive die Bernjurassischen Gemeinden) zu. Hier wird der Frage nachgegangen, ob und wie sich die Differenzen zwischen den Regionen im Längsschnitt verändern.

Im dritten Schritt wird der Fokus auf materielle Unterschiede gelegt. Es werden also vorwiegend jene Abstimmungsvorlagen betrachtet, bei denen sich im Kanton Jura und im Kanton Bern (exklusive die Bernjurassischen Gemeinden) jeweils unterschiedliche Mehrheiten zeigen. Die Unterschiede zwischen den Regionen hinsichtlich ihrer in Abstimmungsergebnissen manifesten politischen Kultur werden also sozusagen einem Härte-test unterzogen: In welchem Lager findet sich der Berner Jura bei Abstimmungen, die in den Kantonen Jura und Bern (exkl. die Bernjurassischen Gemeinden) unterschiedliche Mehrheiten generieren? Stimmt er bei umstrittenen Vorlagen eher wie der Kanton Jura oder findet er sich eher im Lager von Restbern?

Der vierte Schritt konzentriert sich auf inhaltliche und thematische Unterschiede. Die einzelnen Vorlagen werden zwölf verschiedenen Themenfeldern zugeordnet. Eine Globalanalyse analog zu Schritt 1, aber aufgeteilt nach diesen Themen und eine Analyse der materiellen Unterschiede (analog zu Schritt 3) auf der Basis der thematischen Einteilung sollen Auskunft geben über die Frage, ob und wie und vor allem in welchen Politikfeldern der Berner Jura in seinem Abstimmungsverhalten eine grössere Kongruenz zum Kanton Jura oder zum restlichen Kanton Bern aufweist.

Die einzelnen Schritte werden durch die jeweils leitenden Forschungsfragen sowie die zentralen Befunde eingerahmt. Eine abschliessende Zusammenfassung und ein Fazit runden die Analyse ab.

SCHRITT 1: GLOBALANALYSE

Stimmt der Berner Jura im Mittel der letzten 30 Jahre bei eidgenössischen Abstimmungen insgesamt eher wie der restliche Kanton Bern oder wie der Kanton Jura? Gibt es kommunale Unterschiede im Berner Jura? Welche Differenzen zeigen sich in den Gemeinden, die von der Kantonsgründung des Kantons Jura stark belastet waren (Vellerat, Ederswiler, Moutier, Bezirk Laufen)? Lassen sich Unterschiede mit der Sprache erklären?

Im ersten, sehr groben Schritt wird politische Kultur als stabile Gesamtheit politischer Einstellungen operationalisiert, die sich im Mittel aus 30 Jahren eidgenössischer Abstimmungen manifestiert. Mit anderen Worten: für jede der 266 Abstimmungsvorlagen wird die Differenz zwischen dem Ja-Stimmenanteil des Berner Juras und dem Ja-Stimmenanteil des Kantons Jura bzw. Restberns berechnet.¹ Mit dem Mittelwert dieser Differenzen können erste grobe Unterschiede in der politischen Kultur zwischen den drei Regionen dingfest gemacht werden.

Diese erste Grobbetrachtung zeigt, dass das Stimmverhalten des Berner Juras im langjährigen Mittel eine geringere Differenz zum Kanton Jura (6.3) als zum restlichen Kanton Bern (9.5) aufweist (vgl. Abbildung 1). Mit anderen Worten: werden alle eidgenössischen Abstimmungen zwischen 1981 und 2012 betrachtet, stimmt der Berner Jura im Durchschnitt eher wie der Kanton Jura als wie der (restliche) Kanton Bern (Abbildung 1). Die durchschnittliche Differenz im Stimmverhalten gemessen an den Ja-Stimmen bei den Abstimmungen über die 30 Jahre zwischen Restbern (also ohne die Bernjurassischen Gemeinden) und dem Kanton Jura beträgt 13.2 Prozentpunkte.

Allerdings verdeckt die globale Betrachtung Unterschiede zwischen einzelnen Gemeinden des Berner Juras: 11 der 49 Bernjurassischen Gemeinden stimmen in der aggregierten Betrachtung nämlich eher wie der Kanton Bern. Folgende Gemeinden weisen – im Gegensatz zum gesamten Berner Jura – zum Kanton Jura eine grössere mittlere Differenz auf als zum restlichen Kanton Bern: Champoz, Châtelat, Corcelles, Mont-Tramelan², Prêles, Rebévelier, Romont, Saicourt, Schelten, Seehof und Vauffelin.

Von einigem Interesse unter den restlichen 38 Gemeinden³ ist die Gemeinde Moutier, die in dieser ersten Globalanalyse die deutlichste Nähe zum Kanton Jura zeigt: nicht nur weist das Städtchen die geringste mittlere Differenz zum Kanton Jura auf, sondern der Unterschied zwischen den beiden Differenzwerten erweist sich als der ausgeprägteste. Die in der Debatte häufig geäusserte Vermutung, dass vor allem Moutier von der Möglichkeit Gebrauch machen könnte, in einem zweiten Durchgang eine lokale Abstimmung zu verlangen, um – trotz Nein-Entscheid der gesamten Bernjurassischen Region – einen Kantonswechsel anzustreben, scheint hier weitere Nahrung zu erhalten.

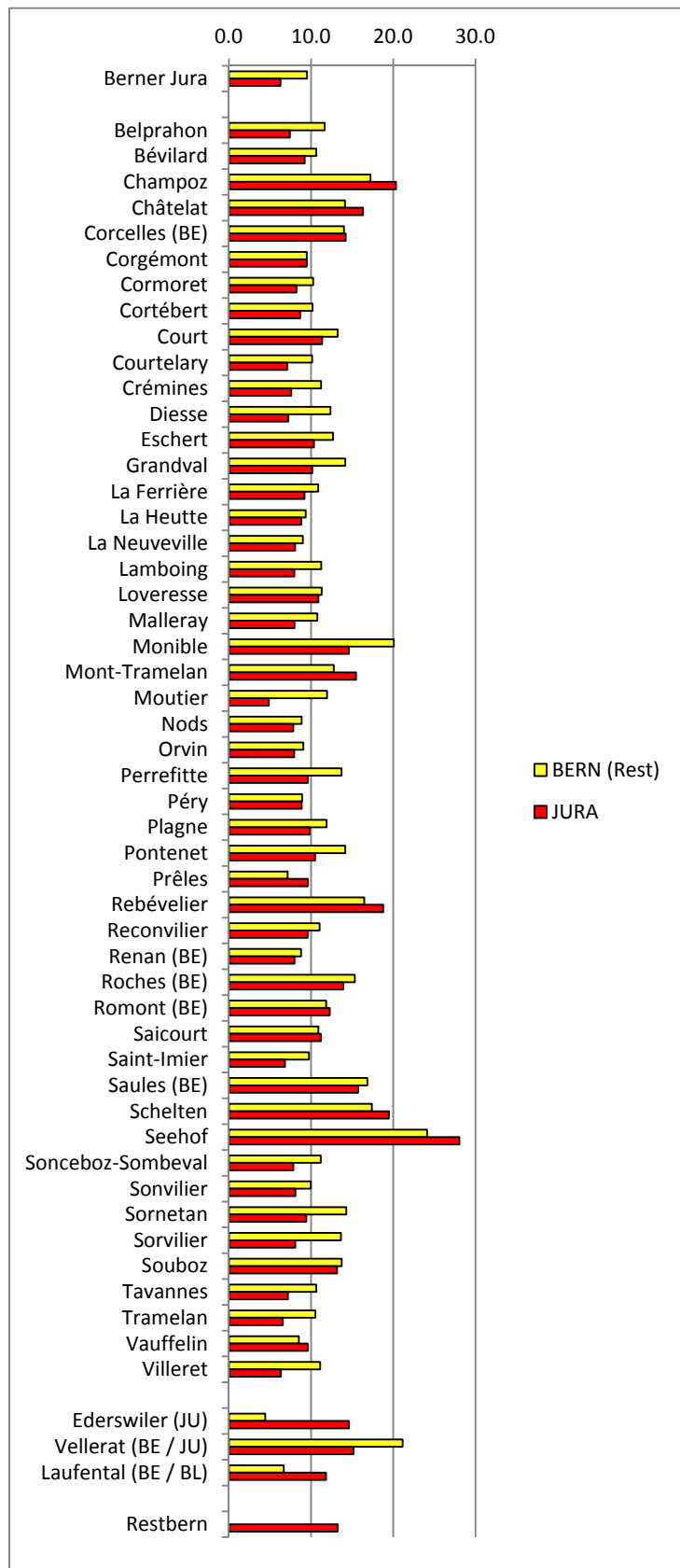
¹ Berechnungsgrundlage sind dabei die totale Anzahl Ja-Stimmen (Summe aller entsprechenden Gemeinderesultate [Berner Jura / Restbern] bzw. des gesamten Kantons Jura) als Anteil der total abgegebenen, gültigen Stimmen (Summe aller entsprechenden Gemeinderesultate [Berner Jura / Restbern] bzw. des gesamten Kantons Jura).

² Mont-Tramelan wird erst seit 1994 bei den eidgenössischen Abstimmungen separat ausgezählt.

³ Monible wird erst seit 1988 bei den eidgenössischen Abstimmungen separat ausgezählt.

ABBILDUNG 1:

ABSOLUTE DIFFERENZEN ZUM KANTON JURA UND ZU RESTBERN (MITTLERE DIFFERENZEN ALLER 266 ABSTIMMUNGSVORLAGEN)



Lesebeispiel: Der gesamte Berner Jura weist im Schnitt bei den 266 eidgenössischen Vorlagen zwischen 1981 und 2012 eine Differenz von 9.5%-Punkten zum restlichen Kanton Bern und von 6.3%-Punkten zum Kanton Jura auf.

Beachtung verdienen in Abbildung 1 zudem die Gemeinden Vellerat und Ederswiler. Vellerat wechselte per 1. Juli 1996 vom Kanton Bern in den Kanton Jura, während Ederswiler der umgekehrte Weg verwehrt blieb. Die Kleinstgemeinden (Vellerat hat 71, Ederswiler 118 Einwohner) weisen in der Globalanalyse die aus historischer Perspektive zu erwartende Werte auf: während das Stimmverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Vellerat im Schnitt eher demjenigen des Kantons Jura gleicht, ähneln die Abstimmungsergebnisse von Ederswiler im Schnitt eher jenen des (restlichen) Kantons Bern.

Interessant ist zudem die im Mittel grössere Differenz des Laufentals zum Kanton Jura als zum Kanton Bern. Das Laufental wies nach der Abtrennung des Kantons Jura keine gemeinsamen Grenzen mehr mit Bern auf und die Bevölkerung entschied sich nach längerem Hin und Her, vom Kanton Bern zum Kanton Basel-Landschaft zu wechseln. Ein Anschluss an den Kanton Jura stand nie zur Debatte (ein Zusammenschluss mit dem Kanton Solothurn und dem Kanton Basel-Stadt wurden verworfen); die in Abbildung 1 ausgewiesenen Zahlen lassen dies nachvollziehbar erscheinen, sind doch die mittleren Differenzen zum neuen Kanton relativ ausgeprägt.

Die Sprache dürfte für die Erklärung der Gemeindeunterschiede eine gewichtige Rolle spielen: acht der elf Bernjurassischen Gemeinden mit einer grösseren Nähe zur politischen Kultur Restberns weisen Anteile von deutsch Sprechenden von über einem Viertel auf:⁴ Seehof (91.9%), Schelten (84.9%), Mont-Tramelan (75.2%), Rebévelier (67.7%), Châtelat (63%), Romont (43.6%), Prêles (30.2%) und Vauffelin (26.4%).⁵ Moutier hingegen weist von allen 49 Bernjurassischen Gemeinden den geringsten Anteil an deutschsprachigen Einwohnern auf (4.2%).⁶

Die aggregierte Betrachtung der 30 Jahre darf freilich nur als erste Annäherung verstanden werden, da sie nicht nur interessante zeitliche Entwicklungen verdeckt (siehe Schritt 2), sondern auch materielle (Schritt 3) und bedeutende thematische Unterschiede ausblendet (Schritt 4).

Der Berner Jura stimmt im Mittel der letzten 30 Jahre bei eidgenössischen Abstimmungen insgesamt eher wie der Kanton Jura. Die politische Kultur des Berner Jura scheint also derjenigen des Kantons Jura insgesamt und im langjährigen Mittel näher zu sein als jener des restlichen Kantons Bern. Allerdings lassen sich dabei kommunale Unterschiede feststellen, die sich auch mit unterschiedlichen Sprachanteilen erklären lassen.

⁴ Berechnet auf der Basis der Volkszählungsdaten von 2000; Deutsch sprechende Einwohner als Anteil Französisch und Deutsch sprechender Bevölkerung in Prozent.

⁵ Nur noch Souboz (25.8%) weist ebenfalls einen Anteil von mehr als 25% deutschsprachiger Einwohner auf. Nicht in dieses Bild passen die vier restlichen Gemeinden Champoz (8.6%), Monible (11.4%), Saicourt (13.2%) und Corcelles (15.5%).

⁶ Eine bivariate Korrelationsanalyse bestätigt die Vermutung des Einflusses der Sprache: je grösser der Anteil deutsch Sprechender in einer Gemeinde ist, desto grösser ist Unterschied der politischen Kultur dieser Gemeinde mit jener des Kantons Jura, gemessen an der mittleren Differenz der Ja-Stimmenanteile in den 266 eidgenössischen Abstimmungen (Pearsons $r = .74$).

SCHRITT 2: HISTORISCHE ENTWICKLUNGEN

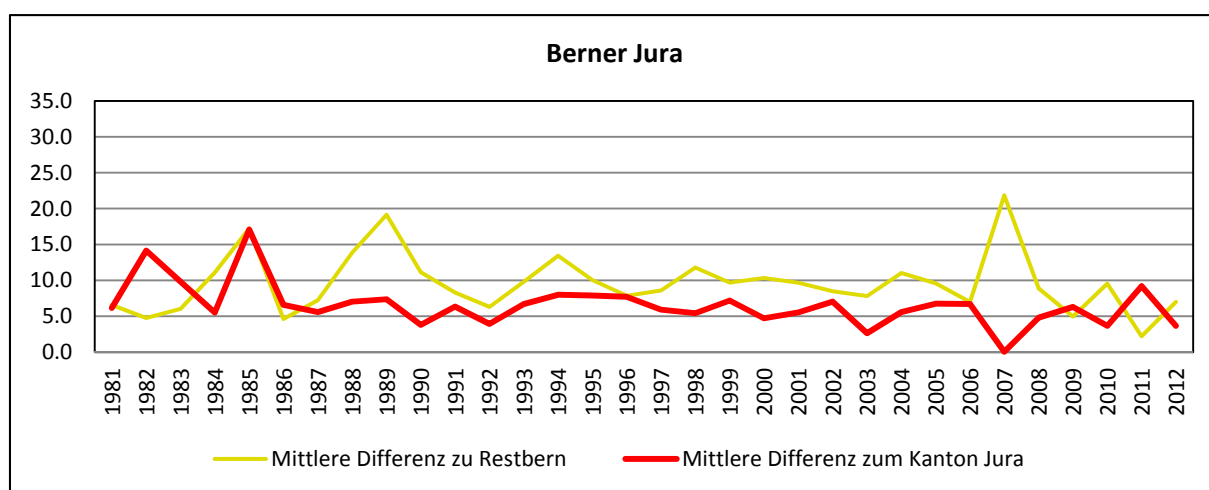
Lassen sich hinsichtlich der Differenzen in der politischen Kultur zwischen den drei untersuchten Regionen zeitlich unterschiedliche Entwicklungen feststellen? Nehmen die Differenzen mit der Zeit ab oder akzentuieren sie sich? Wie entwickeln sich die Unterschiede zwischen einzelnen Gemeinden?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden die Abstimmungsvorlagen jährweise zusammengefasst.⁷

Die jährweise Analyse der historischen Entwicklung der Abstimmungsdifferenzen bestätigt zu grossen Teilen die Beobachtung der Globalanalyse. Zwar wies das Stimmverhalten des Berner Juras in den ersten sechs Jahren mit Ausnahme von 1984 grössere Ähnlichkeiten mit Restbern als mit dem Kanton Jura auf (wobei die Unterschiede 1981 und 1985 sehr knapp zugunsten des Kantons Jura ausfallen), in den nachfolgenden 25 Jahren kommt es aber lediglich noch zwei Mal vor, dass die Differenz hinsichtlich der Ja-Stimmen-Anteile zwischen dem Berner Jura und Restbern geringer ist als zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura, nämlich 2009 und 2011. Die markantesten Unterschiede lassen sich für die Jahre 1988 bis 1990 sowie 2007 beobachten. Sind es Ende der 1980er Jahre vor allem Verkehrsvorlagen, welche die grössere Differenz zum Kanton Bern erklären, dürfte der grosse Unterschied im Jahr 2007 darauf zurückzuführen sein, dass in diesem Jahr über zwei Vorlagen zu Sozialversicherungen abgestimmt wurde (für die inhaltliche Analyse vgl. Schritt 4).

ABBILDUNG 2:

HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER DIFFERENZEN ZUM KANTON JURA UND ZU RESTBERN (JAHRWEISE GEMITTELTE DIFFERENZEN DER JEWEILIGEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN)



Lesebeispiel: Im Jahr 1981 beträgt die mittlere Differenz von allen in diesem Jahr stattfindenden Abstimmungen zwischen dem Berner Jura und dem restlichen Kanton Bern (gelbe Linie) 6.6 Prozentpunkte und zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura (rote Linie) 6.2 Prozentpunkte.

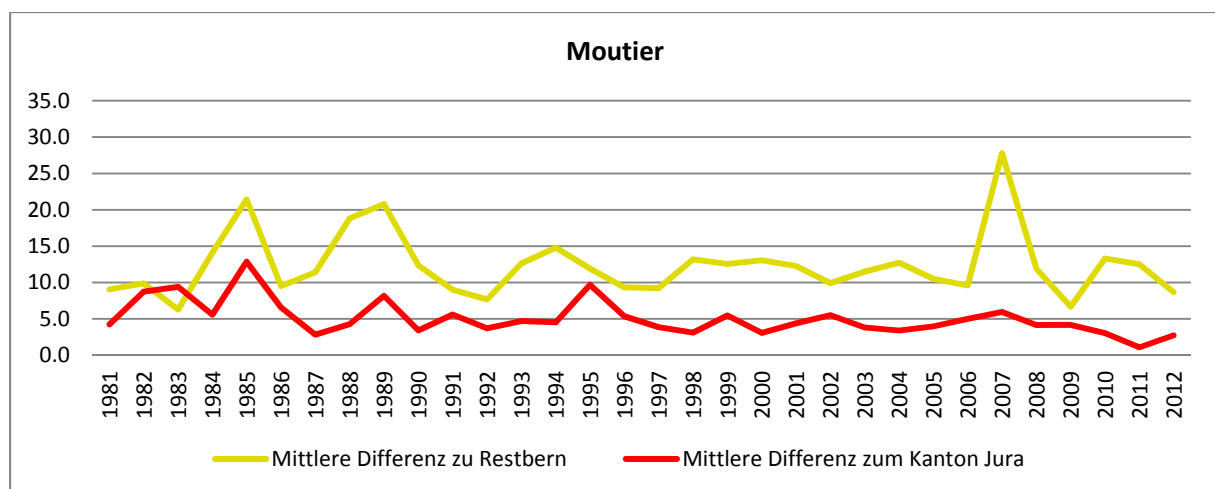
⁷ Mit Ausnahme der Jahre 2011 (1 Vorlage), 2007 (2 Vorlagen), 1981 und 1989 (3 Vorlagen) wurde pro Jahr immer über mehr als vier Vorlagen abgestimmt; 1992 und 1993 mussten gar je 16 Entscheidungen gefällt werden (vgl. Anhang).

Während sich zu Beginn der Untersuchungsperiode kein klarer Trend zeigt, sind die Unterschiede zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura zwischen 1987 und 2008 durchwegs geringer als zwischen dem Berner Jura und dem restlichen Kanton Bern. Erst ab 2009 wird dies wieder durchbrochen. Eine Interpretation dieses Verlaufes ist nicht einfach, da auch einzelne Abstimmungen für bestimmte Werte verantwortlich sein können (vgl. Schritt 4). Ob sich die politische Kultur des Berner Juras erst nach einer gewissen Zeit der Befriedung dem neuen Kanton Jura angepasst hat oder ob sich der Berner Finanzskandal Mitte der 1980er-Jahre längerfristig bemerkbar macht, kann höchstens vermutet werden.

Auch bei der historischen Analyse zeigen sich interessante unterschiedliche Entwicklungen in den Gemeinden. Hervorzuheben sind wiederum Moutier und Ederswiler. Beide Gemeinden weisen über die gesamte Untersuchungszeit geringere Differenzen mit dem jeweils anderen Kanton auf; sprich: das Abstimmungsverhalten von Moutier ist demjenigen des Kantons Jura in 31 von 32 Jahren ähnlicher als dem des Kantons Bern exklusive den Bernjurassischen Gemeinden,⁸ während die jurassische Gemeinde Ederswiler bei allen jährlich zusammengefassten Abstimmungsvorlagen eher wie der Kanton Bern abstimmt und eher nicht wie der Kanton Jura (Abbildung 3).

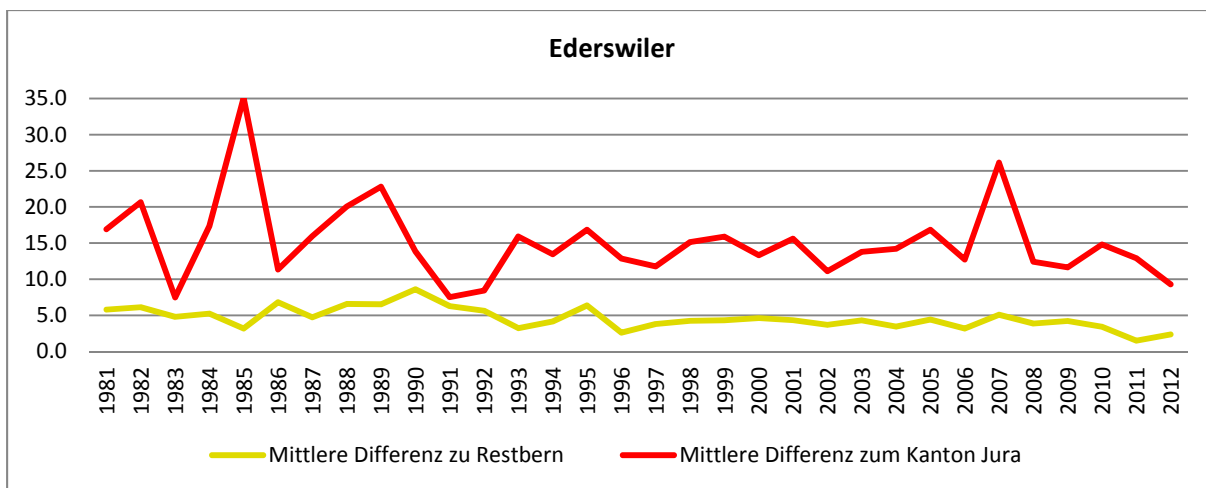
ABBILDUNG 3:

HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER DIFFERENZEN VON MOUTIER UND EDERSWILER ZUM KANTON JURA UND ZU RESTBERN (JAHRWEISE GEMITTELTE DIFFERENZEN DER JEWEILIGEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN)



Lesebeispiel: Im Jahr 1981 beträgt die mittlere Differenz von allen in diesem Jahr stattfindenden Abstimmungen zwischen Moutier und dem restlichen Kanton Bern (gelbe Linie) 9.1 Prozentpunkte und zwischen Moutier und dem Kanton Jura (rote Linie) 4.2 Prozentpunkte.

⁸ Es sind die beiden Einbürgerungsvorlagen 1983, denen Moutier weniger stark zustimmt als der Kanton Jura (Bundesbeschluss über Änderungen der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung), bzw. die Moutier im Gegensatz zum Kanton Jura und wie Restbern ablehnt (Bundesbeschluss über die Erleichterung gewisser Einbürgerungen).

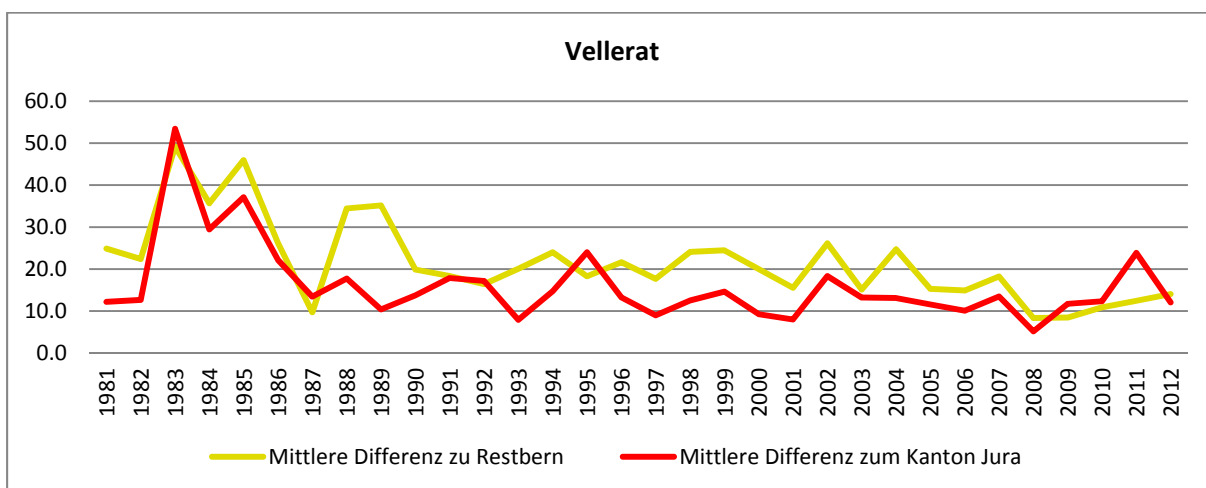


Lesebeispiel: Im Jahr 1981 beträgt die mittlere Differenz von allen in diesem Jahr stattfindenden Abstimmungen zwischen Ederswiler und dem Kanton Bern (ohne Berner Jura; gelbe Linie) 5.8 Prozentpunkte und zwischen Ederswiler und dem Kanton Jura (rote Linie) 16.9 Prozentpunkte.

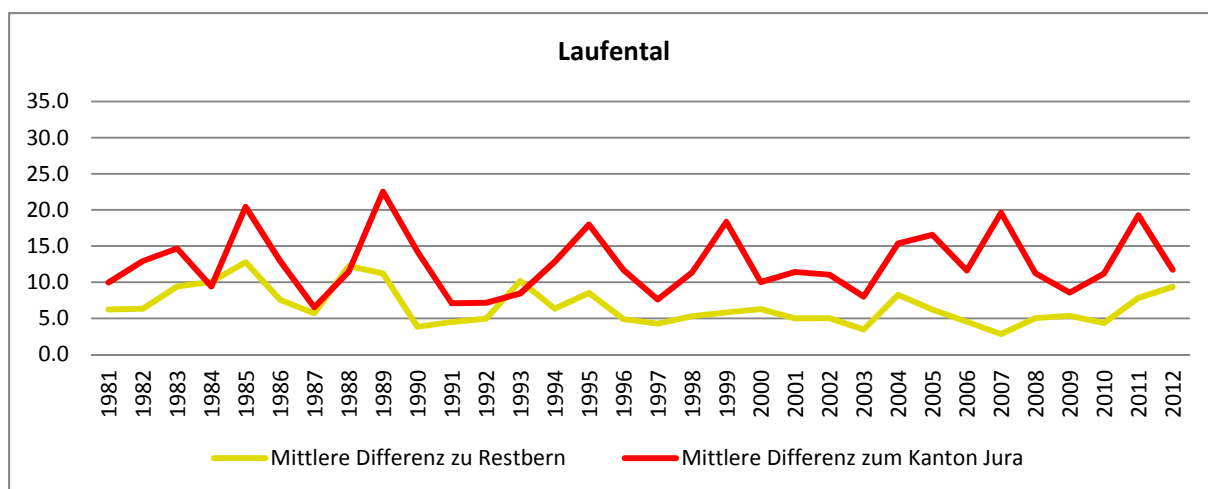
Etwas weniger deutlich sieht das Bild für das Laufental und die Gemeinde Vellerat aus: auch hier wird die Erwartung aber mehrheitlich bestätigt. Während das Abstimmungsverhalten der Einwohner der Gemeinde Vellerat sieben Mal (von total 32 Jahren) jenem des Kantons Bern (exklusiv die Bernjurasischen Gemeinden) und 25 Mal jenem des Kantons Jura ähnelt, weist das Laufental lediglich in drei Jahren eine grössere Nähe zum Kanton Jura als zum Kanton Bern auf.

ABBILDUNG 4:

HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER DIFFERENZEN VELLERATS UND DES LAUFENTALS ZUM KANTON JURA UND ZU RESTBERN (JAHRWEISE GEMITTELTE DIFFERENZEN DER JEWEILIGEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN)



Lesebeispiel: Im Jahr 1981 beträgt die mittlere Differenz von allen in diesem Jahr stattfindenden Abstimmungen zwischen Vellerat und dem Kanton Bern (exklusive Berner Jura; gelbe Linie) 24.9 Prozentpunkte und zwischen Vellerat und dem Kanton Jura (rote Linie) 12.7 Prozentpunkte. Hinweis: Die Skala der Y-Achse reicht – im Gegensatz zu den anderen Abbildungen (0 bis 35) – von 0 bis 60 (grössere Varianzen aufgrund der geringeren Einwohnergrösse).



Lesebeispiel: Im Jahr 1981 beträgt die mittlere Differenz von allen in diesem Jahr stattfindenden Abstimmungen zwischen dem Laufental und dem Kanton Bern (exklusive Berner Jura; gelbe Linie) 6.2 Prozentpunkte und zwischen dem Laufental und dem Kanton Jura (rote Linie) 10.0 Prozentpunkte.

Die Analyse der restlichen Gemeinden zeigt ein ähnliches Bild wie die Globalanalyse (vgl. Schritt 1). In Tabelle 1 sind die einzelnen Gemeinden des Berner Juras entsprechend der Anzahl Abstimmungsjahre geordnet, bei denen der mittlere Abstand des Ja-Stimmenprozentanteils zum Kanton Jura geringer ist als zum Kanton Bern.

TABELLE 1:

GEMEINDEN DES BERNER JURAS; GEORDET NACH ANZAHL JAHRE, IN DENEN DAS ABSTIMMUNGSVERHALTEN MIT JENEM DES KANTONS JURA ÄHNLICHER IST ALS MIT JENEM DES KANTONS BERN (EXKL. ALLE GEMEINDEN DES BERNER JURAS; TOTAL 32 JAHRE)

(Mont-Tramelan)*	4 (von 19)	Eschert	19	Tramelan	24
Seehof	5	Plagne	19	Belprahon	25
Champoz	9	Roches	19	Pontenet	25
Châtelat	9	Sonvilier	19	Courtelay	26
Rebévelier	9	La Neuveville	20	Lamboing	26
Romont	10	Nods	20	Sonceboz-Sombeval	26
Schelten	11	Bévilard	21	Villeret	26
Vaufelin	11	Cortébert	21	Crémines	27
Prêles	12	Cormoret	22	Tavannes	27
Corgémont	14	Court	22	Sornetan	28
Péry	14	Orvin	22	Sorvilier	28
La Heutte	15	Reconvilier	22	Diesse	30
Saicourt	15	La Ferrière	23	Moutier	31
Saules	15	Malleray	23		
Corcelles	16	Saint-Imier	23	Berner Jura	27
Souboz	16	(Monible)**	23 (von 25)	Vellerat	25
Loveresse	17	Grandval	24	Ederswiler	0
Renan	17	Perrefitte	24	Laufental	3

*Lesebeispiel: In den total 32 Untersuchungsjahren stimmt die Gemeinde Seehof in 5 Jahren im Schnitt eher wie der Kanton Jura. * Mont Tramelan wird erst seit 1994 bei den eidgenössischen Abstimmungen separat ausgezählt. ** Monible wird erst seit 1988 bei den eidgenössischen Abstimmungen separat ausgezählt.*

Würde lediglich das Abstimmungsverhalten als Entscheidungsgrundlage für oder gegen die Lancierung eines am 24. November 2013 bzw. in einem zweiten Schritt kommunal anzustossenden Fusionsprozesse zu Rate gezogen, dann dürften neben Moutier einige weitere Gemeinden zu einem neuen Kanton Jura tendieren. 33 Gemeinden sind in ihrer politischen Kultur, gemessen anhand des jährlichen mittleren Abstimmungsverhaltens, in der Mehrzahl der Jahre dem Kanton Jura ähnlicher als dem Kanton Bern. Auch bei dieser jahrweisen Betrachtung lässt sich ein Zusammenhang mit der Sprachzusammensetzung finden. Wiederum gilt: je mehr Einwohner deutsch (und nicht französisch) als Muttersprache angeben, desto geringer ist die Anzahl Jahre, in denen die Abstimmungskultur derjenigen des Kantons Jura gleicht (Pearsons $r = -.71$).

Die aggregierten Unterschiede aus Schritt 1 finden sich mehrheitlich auch über die Zeit. Zwar finden sich zu Beginn und gegen Ende der Untersuchungsperiode (1981 bis 2012) Jahre, während derer die politische Kultur des Berner Juras jener von Restbern eher gleicht als jener des Kantons Jura. In diese beiden Perioden fallen aber auch Jahre, in denen die Unterschiede zwischen den beiden Regionen sehr gross sind. Eine historische Tendenz (z.B. kontinuierliche Zu- oder Abnahme der Ähnlichkeiten) lässt sich nicht feststellen. In der Mehrzahl der Jahre (27 von 32 Jahren) ist das Abstimmungsverhalten des Berner Juras allerdings jenem des Kantons Jura ähnlicher als jenem Restberns. Recht eindeutig ist die jahrweise Betrachtung auch für die ausgewählten Gemeinden/Regionen: Vellerat stimmt mehrheitlich wie der Kanton Jura, während die politische Kultur Ederswilers und des Laufentals deutlich demjenigen des Kantons Bern (ohne Bernjurassische Gemeinden) gleicht. Moutier stimmt lediglich in einem Jahr nicht wie der Kanton Jura. In der gemeindeweisen Betrachtung zeigen sich neben Moutier allerdings auch rund 30 weitere Gemeinden, deren jahrweise aggregiertes Abstimmungsverhalten mit jenem des Kantons Jura kongruenter ist als mit jenem ihres angestammten Kantons.

SCHRITT 3: MATERIELLE DIFFERENZEN

Wie stimmen der Berner Jura und die einzelnen Gemeinden bei jenen Vorlagen, bei denen sich in den Kantonen Bern und Jura unterschiedliche Mehrheiten zeigen?

Die bis jetzt verwendeten Differenzen im Stimmverhalten sind zwar ein Gradmesser für die Ähnlichkeit der so bestimmten politischen Kultur der hier untersuchten Regionen, sie lassen hingegen keine Aussagen zu materiellen Unterschieden zu. Die aufgrund von Abstimmungsverhalten gemessene politische Kultur zeigt sich bei eidgenössischen Vorlagen aber besonders dann ausgeprägt, wenn sich die Minderheiten und die Mehrheiten entlang einer definierbaren Grenze unterteilen lassen (Linder 2012). Häufig ist dann etwa von einem Sprachgraben (Röstigraben), einem Konfessionsgraben oder von einem Stadt-Land-Graben die Rede. Sprachliche und konfessionelle Unterschiede dürften auch bei der Gründung des Kantons Jura eine gewichtige Rolle gespielt haben. Im nachfolgenden Untersuchungsschritt rücken deshalb jene eidgenössischen Abstimmungsvorlagen ins Zentrum, bei denen sich die Mehrheiten in den Kantonen Jura und Bern bzw. im Berner Jura unterscheiden, bei denen also z.B. der Kanton Jura Nein stimmt, der Kanton Bern aber Ja.

Tatsächlich zeigen sich bei 77 der 266 zwischen 1981 und 2012 stattfindenden Abstimmungsvorlagen im Kanton Jura und in Restbern unterschiedliche Abstimmungsergebnisse. Auch die Analyse dieser Vorlagen weist auf eine grössere Ähnlichkeit des Berner Juras mit dem Kanton Jura hin: 24 Mal stimmte der französischsprachige Teil des Kantons Bern gleich wie der restliche Kanton Bern, während der Kanton Jura jeweils anders entschied. In mehr als doppelt so vielen Fällen entschied der Berner Jura hingegen – entgegen dem Entscheid des restlichen Kantons Bern – gleich wie der Kanton Jura (53 Fälle). Bei rund 70% der umstrittenen Fälle schlägt sich der Berner Jura also eher auf die Seite des Kantons Jura. Gesamtschweizerisch findet sich der Berner Jura allerdings bei diesen 53 Fällen lediglich dreizehn Mal auf der Gewinnerseite, während die 24 Mal Übereinstimmung mit Restbern jedes Mal auch mit dem gesamtschweizerischen Resultat übereinstimmen (die inhaltlichen Details sind Gegenstand von Schritt 4, nachfolgend).

Bei den restlichen 189 Vorlagen gibt es in den beiden Kantonen 96 Mal eine gemeinsame Ja-Mehrheit und 93 Mal eine gemeinsame Nein-Mehrheit (vgl. Anhang). In sieben dieser 189 Fälle wich der Entscheid der Bernjurassischen Bevölkerung von den gemeinsamen Mehrheiten von Restbern und dem Kanton Jura ab. In allen sieben Fällen findet sich der Berner Jura aber gemessen am gesamtschweizerischen Abstimmungsergebnis bei der Minderheit.⁹

⁹ Während die Kantone Bern und Jura die Bundesbeschlüsse über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe, die Einführung der Schwerverkehrsabgabe sowie über die Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (alle drei Vorlagen vom 20.2.1994) annahmen, wurden sie vom Berner Jura abgelehnt. Das gleiche Bild zeigte sich beim Antirassismogesetz (25.9.1994) und beim Bundesbeschluss über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümern (10.6.2001). Alle fünf Vorlagen wurden gesamtschweizerisch angenommen. Die Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds“ (22.9.2002) und die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“

Bei den einzelnen Gemeinden zeigen sich auch hinsichtlich der Vorlagen mit materiellen Differenzen erhebliche Unterschiede. Von Interesse ist dabei, welche Seite die Gemeinden bei unterschiedlichen Entscheidungen von Jura und Restbern wählen. In Abbildung 5 sind die Gemeinden bei den total 77 Vorlagen, bei denen sich der Kanton Jura und Restbern in ihrem Abstimmungsentscheid unterscheiden, nach Lagerzugehörigkeit aufgeteilt. Auch hier findet sich einige Varianz im Berner Jura, aber auch hier stimmen 84% der Bernjurassischen Gemeinden in der Mehrheit der 77 Fälle (mehr als 39 Fälle) mit dem Kanton Jura.

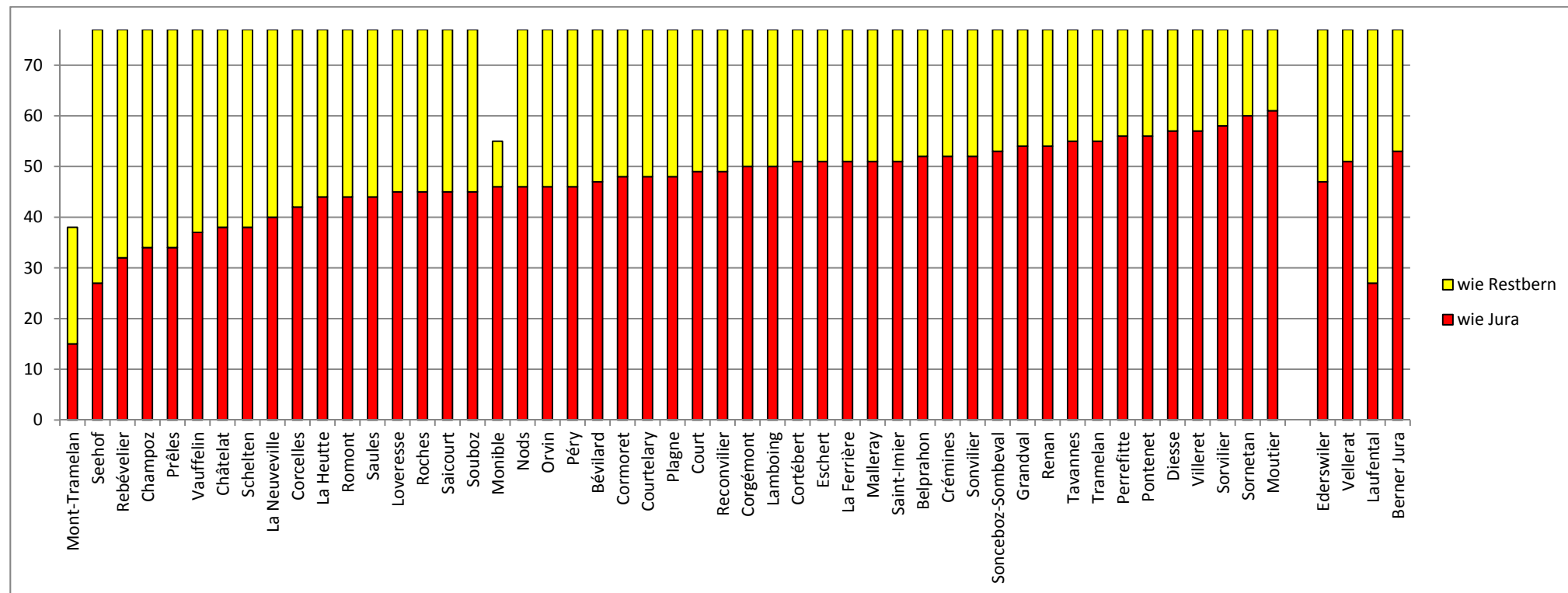
Erneut zeigt die Gemeinde Moutier die anzahlmässig deutlichste Gemeinsamkeit mit dem Kanton Jura. Von den 77 Vorlagen stimmt Moutier 61 Mal wie der Kanton Jura und 16 Mal wie der Kanton Bern (exklusive die Gemeinden im Berner Jura). Häufiger „berntreu“ stimmen die Gemeinden Mont-Tramelan (23 von 38 Abstimmungen wie Restbern), Seehof, Rebévelier, Champoz, Prêles, Vauffelin, Châtelat und Schelten, also erneut jene Gemeinden (mit Ausnahme von Champoz) mit hohen Anteilen an deutschsprachigen Einwohnern.

Auch das Laufental weist bei den umstrittenen Vorlagen häufiger die gleichen Mehrheiten wie Restbern auf. Interessanterweise teilt die Gemeinde Ederswiler bei den 77 umstrittenen Vorlagen ebenfalls häufiger die Meinung des Kantons Jura (47 Mal) als die Meinung von Restbern (30 Mal) und zwar in fast identischem Umfang wie die Gemeinde Vellerat (51 Mal wie Jura, 26 Mal wie Restbern).

wären von der Bernjurassischen Bevölkerung, nicht aber vom Kanton Jura und vom Kanton Bern und auch nicht von der gesamten Schweiz angenommen worden.

ABBILDUNG 5:

AUFTEILUNG DER 77 EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNGSVORLAGEN, BEI DENEN SICH IM KANTON JURA UND IM KANTON BERN (EXKLUSIVE GEMEINDEN DES BERNER JURAS) UNTERSCHIEDLICHE MEHRHEITEN (JA / NEIN) FINDEN (GEMEINDEN AUFSTEIGEND GEORDNET NACH KONGRUENTEN MEHRHEITEN MIT DEM KANTON JURA)



Lesebeispiel: Die Gemeinde Seehof stimmte von den 77 materiell umstrittenen Vorlagen (der Kanton Jura und der Kanton Bern exklusive die Bernjurassischen Gemeinden weisen unterschiedliche Mehrheiten auf) 27 Mal wie der Kanton Jura und 50 Mal wie der Kanton Bern (exklusive Berner Jura). Mont-Tramelan (seit 1994) und Monible (seit 1988) werden erst im Verlaufe der Zeit separat ausgezählt.

Die kommunale Analyse der 189 Vorlagen, bei denen sich keine materiellen Differenzen zwischen dem Kanton Jura und dem Kanton Bern (exklusive Berner Jura) zeigen, erweist sich deshalb als gewinnbringend, weil sie einen neuen Aspekt erhellt. Wie oben bereits diskutiert, weicht die gesamte Bernjurassische Region bei sieben der 189 zwischen dem Kanton Jura und Restbern „eilvernehmlichen“ eidgenössischen Vorlagen ab; hier finden sich also im Berner Jura andere Mehrheiten.

Wie in Tabelle 2 ersichtlich wird, erweisen sich die einzelnen Gemeinden im Berner Jura als wesentlich autonomer hinsichtlich ihrer jeweiligen politischen Mikrokultur. Im Mittel weichen die Bernjurassischen Gemeinden nämlich bei mehr als 25 der 189 Vorlagen ab, bei denen der Kanton Jura und Restbern eigentlich einer Meinung sind. Dabei zeigt sich eine erhebliche kommunale Varianz. So weichen etwa die Stimmbürgerschaften der Gemeinden Seehof und Schelten bei mehr als einem Drittel der Vorlagen von der „Koalition“ des Kantons Jura und Restberns ab. Eine ebenfalls hohe Autonomie bzw. eine recht eigenständige politische Mikrokultur weist Ederswiler auf.

Auf der anderen Seite finden sich die Gemeinden Tramelan, Saint-Imier, Prêles, Renan, La Heutte und La Neuveville, die in weniger als 5% der Fälle eigenständige Mehrheiten aufweisen. Es kann dabei vermutet werden, dass die Anzahl der abweichenden Mehrheiten auch durch die Grösse einer Gemeinde erklärt wird. In kleinen Gemeinden mit nur sehr wenigen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, kann es relativ rasch – d.h. aufgrund einer sehr kleinen Anzahl an Stimmen – zu wechselnden Mehrheiten kommen.¹⁰

TABELLE 2:

ANZAHL (UND ANTEIL IN %) ABWEICHENDER KOMMUNALER MEHRHEITEN BEI JENEN 189 VORLAGEN, BEI DENEN DIE KANTONE JURA UND BERN (EXKL. BERNER JURA) DIE GLEICHEN MEHRHEITEN AUFWEISEN

Gemeinde	abweichend (%)	Gemeinde	abweichend (%)	Gemeinde	abweichend (%)
Belprahon	17 (9.0)	Loveresse	28 (14.8)	Saint-Imier	5 (2.6)
Bévilard	18 (9.5)	Malleray	14 (7.4)	Saules	55 (29.1)
Champoaz	51 (27.0)	Monible	41 (25.0)	Schelten	66 (34.9)
Châtelat	41 (21.7)	Mont-Tramelan	27 (21.3)	Seehof	69 (36.5)
Corcelles	44 (23.3)	Moutier	12 (6.3)	Sonceboz-Sombeval	14 (7.4)
Corgémont	24 (12.7)	Nods	13 (6.9)	Sonvilier	17 (9.0)
Cormoret	10 (5.3)	Orvin	10 (5.3)	Sornetan	34 (18.0)
Cortébert	23 (12.2)	Perrefitte	34 (18.0)	Sorvilier	26 (13.8)
Court	35 (18.5)	Péry	11 (5.8)	Souboz	43 (22.8)
Courtelary	11 (5.8)	Plagne	29 (15.3)	Tavannes	15 (7.9)
Crémines	14 (7.4)	Pontenet	28 (14.8)	Tramelan	9 (4.8)
Diesse	22 (11.6)	Prêles	5 (2.6)	Vauffelin	12 (6.3)
Eschert	34 (18.0)	Rebévelier	57 (30.2)	Villeret	10 (5.3)
Grandval	39 (20.6)	Reconvilier	23 (12.2)		
La Ferrière	21 (11.1)	Renan	7 (3.7)	Ederswiler (JU)	65 (34.4)
La Heutte	9 (4.8)	Roches	45 (23.8)	Laufental (BE, BL)	17 (9.0)
La Neuveville	6 (3.2)	Romont	28 (14.8)	Vellerat (BE, JU)	40 (21.2)
Lamboing	17 (9.0)	Saicourt	31 (16.4)	Berner Jura	7 (3.7)

Lesebeispiel: die Gemeinde Belprahon weicht in 17 der 189 Abstimmungen (9.0 %), bei denen die Kantone Jura und Bern (exklusive die Bernjurassischen Gemeinden) gleiche Mehrheiten aufweisen, ab.

¹⁰ Tatsächlich zeigt eine einfache bivariate Korrelationsanalyse einen signifikanten negativen Zusammenhang zwischen der Grösse einer Gemeinden (Einwohnerzahl am 31. Dezember 2012) und der Anzahl abweichender Mehrheiten (Pearsons r = -.49).

In Fällen materieller Differenzen, d.h. bei jenen eidgenössischen Abstimmungsvorlagen, bei denen sich in den Kantonen Jura und Bern (exklusive Berner Jura) unterschiedliche Mehrheiten zeigen, findet sich der Berner Jura häufiger im Lager des Kantons Jura als im Lager von Restbern. Dies ist auch für die grosse Mehrheit der einzelnen Bernjurassischen Gemeinden der Fall. Es zeigen sich allerdings recht deutliche kommunale Unterschiede bei den eidgenössischen Vorlagen ohne materielle Differenzen zwischen den Kantonen Jura und Bern. Diese weisen auf unterschiedliche kommunale politische Mikrokulturen hin, lassen sich allerdings auch zumindest teilweise mit der Grösse einer Gemeinde erklären.

SCHRITT 4: THEMATISCHE UNTERSCHIEDE

Lassen sich unterschiedliche Kongruenzen in der politischen Kultur der drei untersuchten Regionen je nach Thema unterscheiden; gibt es also Ähnlichkeiten und Divergenzen zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura bzw. Restbern hinsichtlich des nach politischen Themen unterschiedenen Abstimmungsverhaltens? Wie unterscheiden sich in dieser Frage die Gemeinden?

Die bisherigen Analysen fassen jeweils mehrere Abstimmungen zusammen. Damit werden Eigenschaften der einzelnen Vorlagen ausgeblendet. Es ist jedoch zu vermuten, dass sich die bisher festgestellte Nähe des Berner Juras zum Kanton Jura hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens bei spezifischen Politikfeldern pointierter bemerkbar macht als bei anderen.

Die Abstimmungsvorlagen werden den vom BFS vorgeschlagenen zwölf Themengebieten zugeordnet (vgl. www.swissvotes.ch) und verteilen sich wie folgt auf die 266 zwischen 1981 und 2012 abgestimmten Vorlagen (Tabelle 3).

TABELLE 3:

ANZAHL ABSTIMMUNGSVORLAGEN NACH THEMA

Thema	Anzahl Vorlagen	Anzahl nicht umstrittene Vorlagen (JU = BE)	Anzahl umstrittene Vorlagen (JU ≠ BE)	Umstritten in % des Themenfeldes
Staatsordnung	36	29	7	19.4
Aussenpolitik	16	14	2	12.5
Sicherheitspolitik	18	9	9	50.0
Wirtschaft	14	8	6	42.9
Landwirtschaft	14	7	7	50.0
Öffentliche Finanzen	19	13	6	31.6
Energie	13	9	4	30.8
Verkehr und Infrastruktur	28	19	9	32.1
Umwelt und Lebensraum	18	15	3	16.7
Soziale Fragen – Sozialpolitik	69	50	19	27.5
Bildung und Forschung	12	8	4	33.3
Kultur, Religion, Medien	9	8	1	11.1
TOTAL	266	189	77	28.9

Lesebeispiel: Dem Thema Staatsordnung lassen sich 36 Vorlagen zuordnen; bei 29 davon entsprach das Abstimmungsergebnis dem des Kantons Bern (exkl. Berner Jura) und bei 7 ergaben sich unterschiedliche Mehrheiten, was einem Anteil von 19.4% entspricht.

Im Untersuchungszeitraum bestehen die grössten Differenzen zwischen dem Kanton Jura und Restbern in den Politikfeldern „Sicherheitspolitik“ und „Landwirtschaft“. Hier sind sich die beiden Kantone in jeweils der Hälfte der Vorlagen nicht einig. Vergleichsweise viele Differenzen bestehen zudem in der Wirtschafts-, der Bildungs-, Verkehrs-, Finanz- und Energiepolitik: hier vertreten die Stimmbewölkerungen beider Kantone in mehr als 30% der Fälle jeweils unterschiedliche Meinungen. Überraschend wenige Differenzen zeigen sich in der Sozialpolitik. Ein gutes Viertel aller Abstimmungen

generiert hier Unterschiede. Allerdings lassen sich rund ein Viertel aller Abstimmungen der Sozialpolitik zuordnen, was in einer im Vergleich hohen Anzahl an umstrittenen Vorlagen insgesamt resultiert. Hohe Übereinstimmung herrscht zudem hinsichtlich der Aussen-, der Umwelt- und der Kulturpolitik sowie bei Vorlagen, welche die Staatsordnung betreffen.

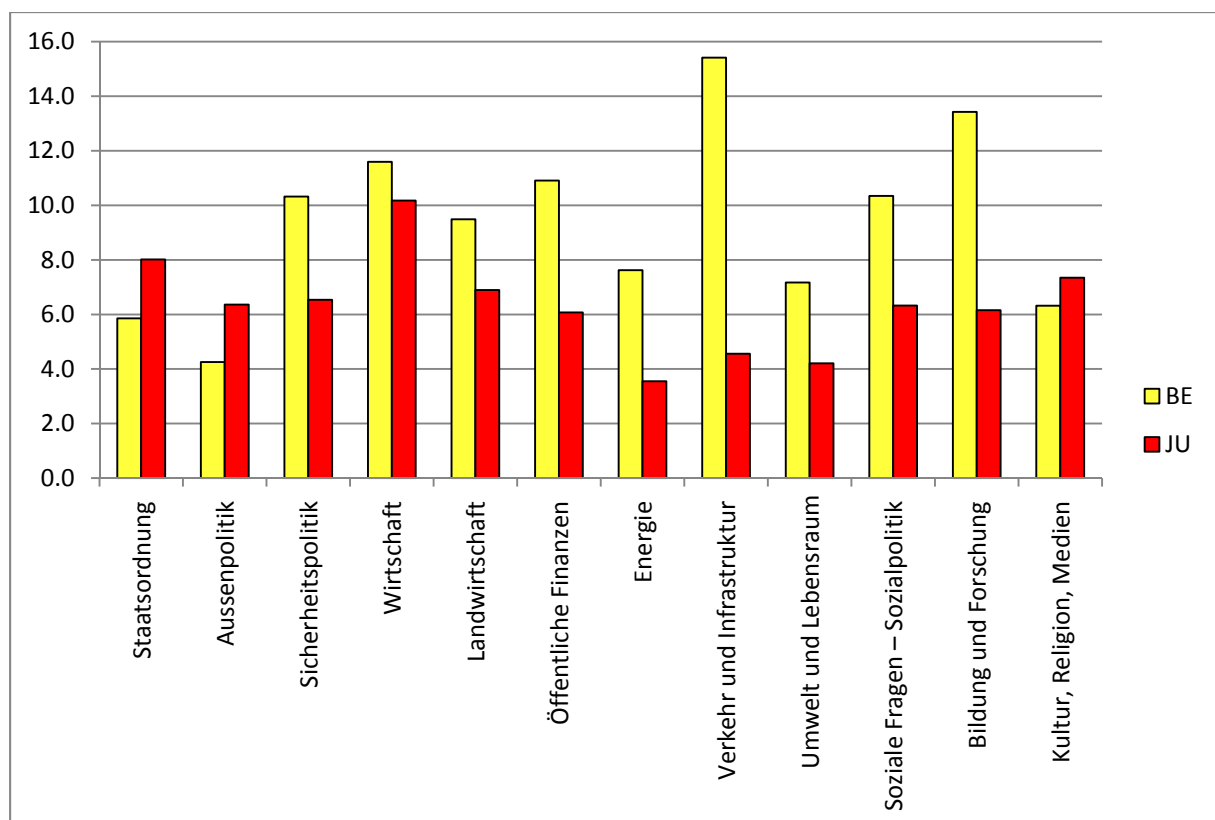
In der Folge werden die in den Schritten 1 und 3 durchgeführten Analysen noch einmal themenspezifisch durchgeführt.

(1) THEMATISCHE ANALYSE: GLOBAL

Zuerst werden also die absoluten Differenzen in den Ja-Stimmenanteilen zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura bzw. Restbern für jedes Politikfeld gemittelt (Abbildung 6).

ABBILDUNG 6:

ABSOLUTE MITTLERE DIFFERENZEN IN DEN JA-STIMMENANTEILEN ZWISCHEN DEM BERNER JURA UND RESTBERN BZW. DEM KANTON JURA IN DEN EINZELNEN THEMENFELDERN



Lesebeispiel: Im Themenfeld „Staatsordnung“ beträgt die mittlere Differenz in den Ja-Stimmenanteilen von allen in diesem Feld stattfindenden Abstimmungen zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Bern (exklusive Berner Jura; gelbe Balken) 5.9 Prozentpunkte und zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura (rote Balken) 8.0 Prozentpunkte.

Bei drei Themenfeldern ist der mittlere Abstand in den Ja-Anteilen zwischen den Bernjurassischen Gemeinden und Restbern geringer als zwischen dem Berner Jura und dem Kanton Jura: bei Fragen

der Staatsordnung, bei der Aussen- sowie bei der Kulturpolitik scheinen sich die Stimmbürgerschaften des französisch- und deutschsprachigen Kantons Bern näher zu sein als der Berner Jura und der Kanton Jura. Das sind gleichzeitig jene Themenfelder, die im Untersuchungszeitraum auch wenige materielle Differenzen zwischen den Kantonen Jura und Bern provozierten (vgl. nachfolgend die Analyse zu den materiellen Differenzen).

In den restlichen neun Politikfeldern weisen die Bernjurassischen Gemeinden zusammen eine grössere Nähe zum Kanton Jura als zu Restbern auf. Deutlich sind dabei die Unterschiede in der Verkehrs-, Bildungs- und Finanzpolitik. Im Schnitt unterscheiden sich der Kanton Jura und der Berner Jura in der Verkehrspolitik gemessen an den Ja-Stimmenanteilen um 4.6 Prozentpunkte; der Unterschied zwischen dem Berner Jura und allen restlichen Berner Gemeinden beträgt im Schnitt hingegen 15.4 Prozentpunkte. Ähnlich hoch ist die Differenz zwischen den Differenzen in der Bildungspolitik (Abstand des Berner Juras zu Restbern: 13.4 Prozentpunkte / zum Kanton Jura: 6.2 Prozentpunkte) und in der Finanzpolitik (Restbern: 10.9 Prozentpunkte / Kanton Jura: 6.1 Prozentpunkte).

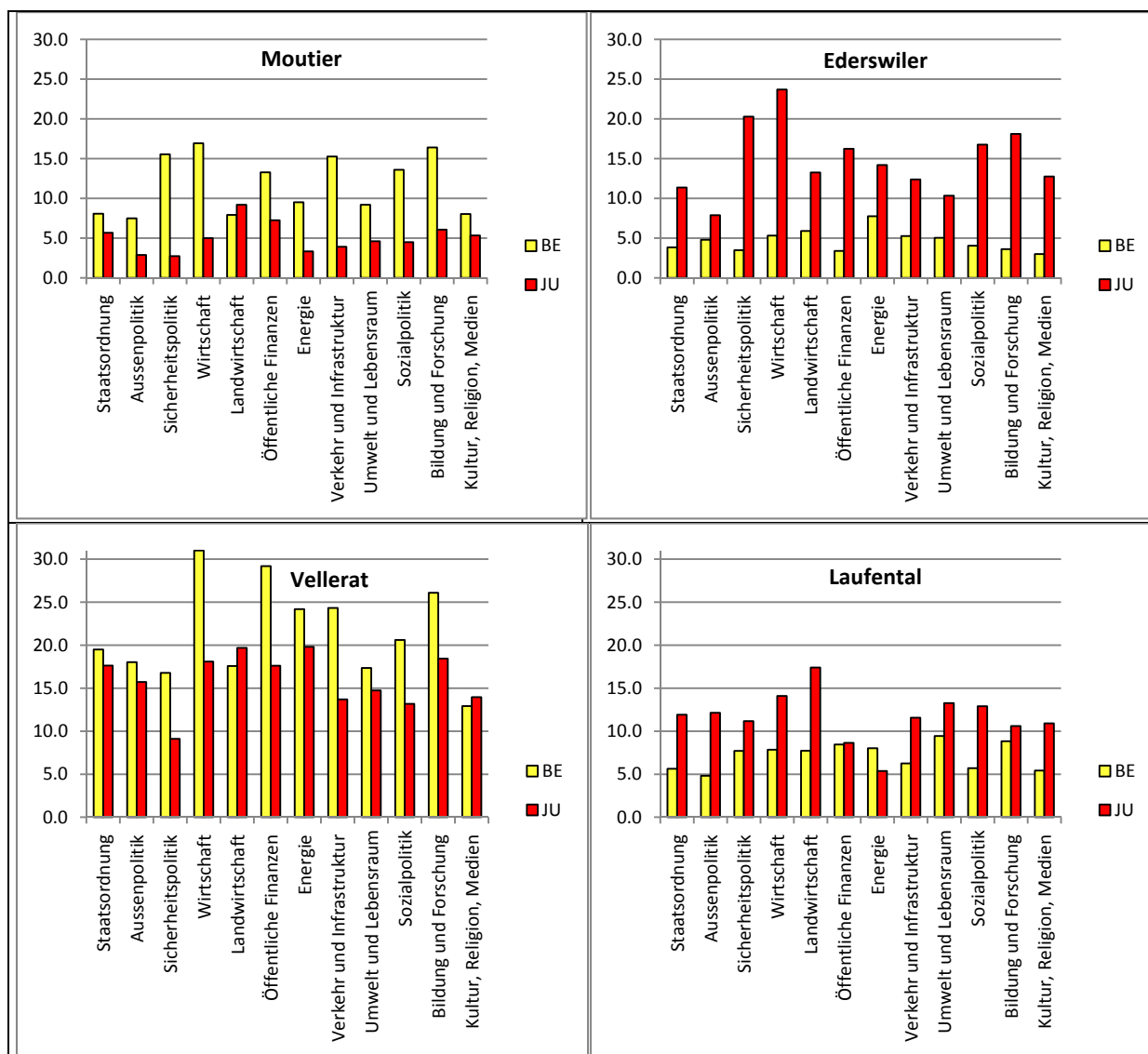
Im Mittel der rund 30 Jahre seit Bestehen des Kantons Jura ähneln die Präferenzen des Berner Juras in der Staatspolitik, der Aussenpolitik und der Kulturpolitik eher jenen des restlichen Kantons Bern. Hinsichtlich Sicherheits-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Finanz-, Energie-, Verkehrs-, Umwelt-, Sozial- und Bildungspolitik stimmt der Berner Jura hingegen eher wie der Kanton Jura.

Interessante thematische Unterschiede zeigen sich wiederum bei den ausgewählten Gemeinden (Abbildung 7). Moutier erweist sich auch hier als Gemeinde mit prononcierter Nähe zum Kanton Jura. Besonders deutliche Differenzen zeigen sich in der Sicherheitspolitik (Unterschied zu Restbern: 15.5 Prozentpunkte / Unterschied zum Kanton Jura: 2.7 Prozentpunkte), in der Wirtschaftspolitik (BE: 16.9 Prozentpunkte / JU: 5.0 Prozentpunkte), in der Verkehrspolitik (BE: 15.3 Prozentpunkte / JU: 3.9 Prozentpunkte) und in der Bildungspolitik (BE: 16.4 Prozentpunkte / JU: 6.1 Prozentpunkte). Allerdings ist man sich in der Landwirtschaftspolitik in Moutier im Schnitt eher einig mit dem Kanton Bern - exklusiv alle Bernjurassischen Gemeinden - (Differenz von 7.9 Prozentpunkten) als mit dem Kanton Jura (Differenz von 9.2 Prozentpunkten).

In der jurassischen Gemeinde Ederswiler erweist sich die Stimmbürgerschaft im Schnitt bei allen politischen Themen als näher zum Kanton Bern (exklusive Berner Jura) als zum eigenen Kanton. Die deutlichsten Unterschiede finden sich hier in der Wirtschaftspolitik (BE: 5.3 Prozentpunkte / JU: 23.7 Prozentpunkte) und in der Sicherheitspolitik (BE: 3.5 Prozentpunkte / JU: 20.3 Prozentpunkte). Die seit 1996 zum Kanton Jura gehörende Gemeinde Vellerat erweist sich ausser in der Landwirtschafts- und der Kulturpolitik als im neuen Kanton besser aufgehoben. Allerdings sind die mittleren Differenzen zu beiden Kantonen in allen Themenfeldern relativ hoch, was auch mit der geringen Einwohnerzahl zusammenhängen dürfte. Das Laufental schliesslich, das 1994 zum Kanton Basel-Landschaft gewechselt hat, erweist sich in der Tat mit Ausnahme der Energiepolitik als weniger kompatibel mit dem Kanton Jura.

ABBILDUNG 7:

ABSOLUTE MITTLERE DIFFERENZEN IN DEN JA-STIMMENANTEILEN ZWISCHEN AUSGEWÄHLTEN GEMEINDEN/REGIONEN UND RESTBERN BZW. DEM KANTON JURA IN DEN EINZELNEN THEMENFELDERN



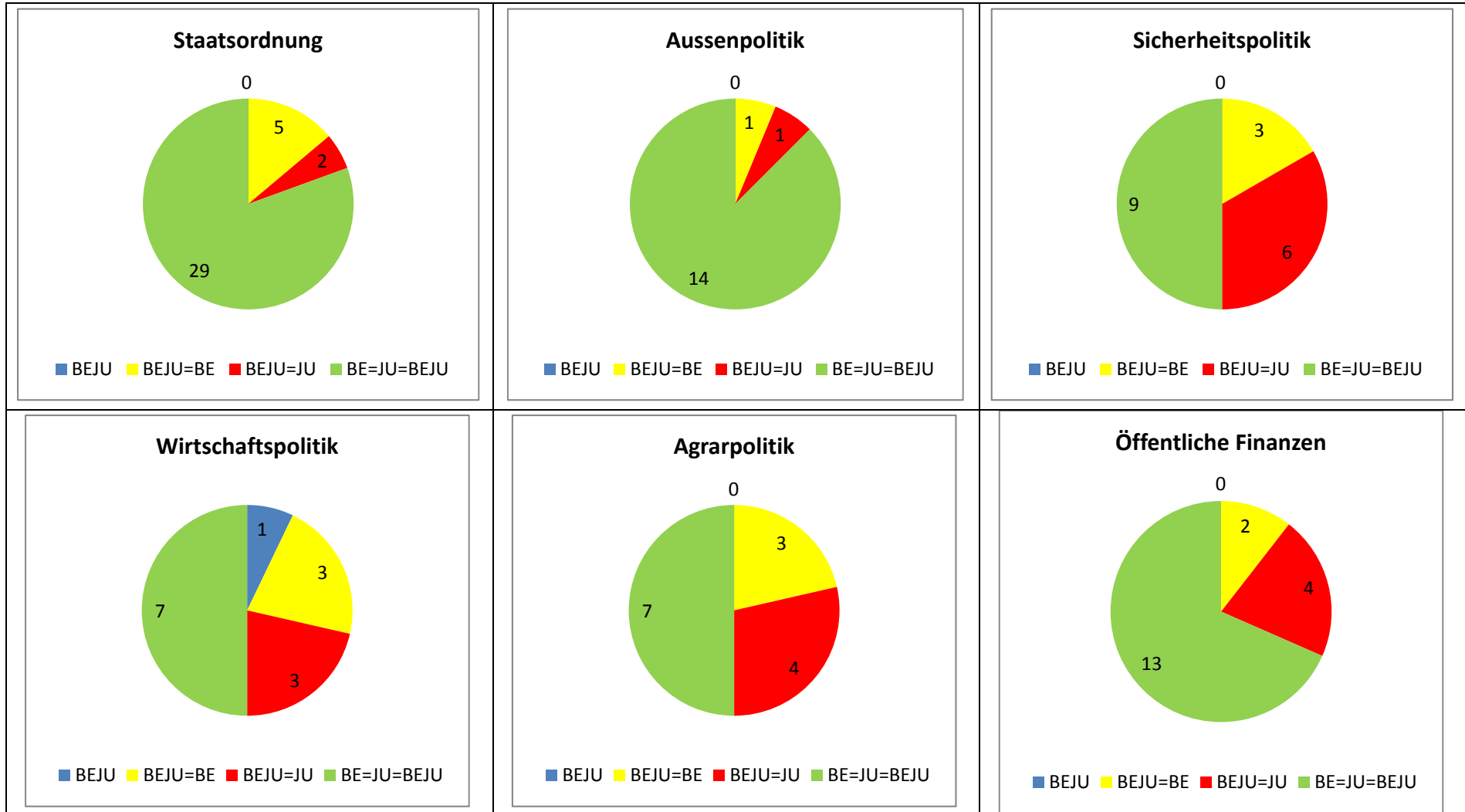
Lesebeispiel: Im Themenfeld „Staatsordnung“ beträgt die mittlere Differenz in den Ja-Stimmenanteilen von allen in diesem Feld stattfindenden Abstimmungen zwischen Moutier und dem Kanton Bern (exklusive Berner Jura; gelbe Balken) 8.1 Prozentpunkte und zwischen Moutier und dem Kanton Jura (rote Balken) 5.1 Prozentpunkte.

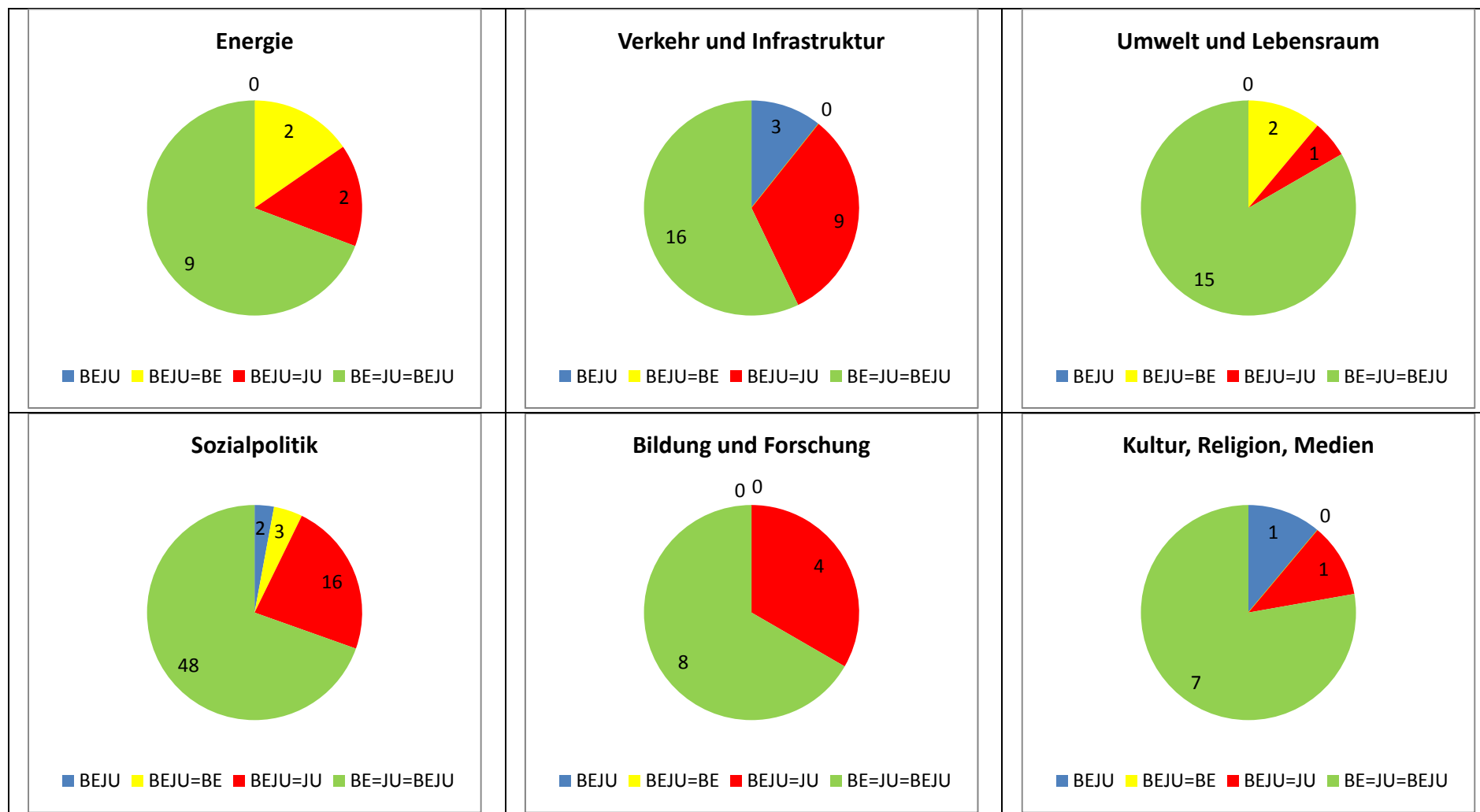
(2) THEMATISCHE ANALYSE: MATERIELLE UNTERSCHIEDE

Auch bei der thematischen Analyse sollen statt der absoluten Differenzen bei allen Vorlagen lediglich die umstrittenen, materiell unterschiedlichen Abstimmungen herangezogen werden, also nur jene Vorlagen, bei denen die Stimmbevölkerungen der beiden Kantone Jura und Bern jeweils unterschiedliche Mehrheiten bilden (analog zu Schritt 3). In Abbildung 8 werden alle Vorlagen nach Themengebiet aufgeteilt und die umstrittenen Vorlagen jeweils separat ausgewiesen.

ABBILDUNG 8:

THEMATISCH GEORDET: UMSTRITTENE VORLAGEN, BEI DENEN DER BERNER JURA EHER WIE DER KANTON JURA (ROT) BZW. WIE RESTBERN (GELB) STIMMT; BZW. NICHT UMSTRITTENE (GRÜN), BEI DENEN DER BERNER JURA ABER ABWEICHT (BLAU).





Lesebeispiel: Im Themenfeld Wirtschaftspolitik (total 14 Vorlagen) gab es im Untersuchungszeitraum sieben Vorlagen, bei denen der Kanton Bern (exklusive Berner Jura), der Kanton Jura und der Berner Jura gleiche Abstimmungsresultate (Ja / Nein) aufwiesen (grün), je drei Vorlagen, in denen der Berner Jura wie der restliche Kanton Bern (gelb) bzw. wie der Kanton Jura (rot) stimmte und eine Vorlage, bei der der Berner Jura ein anderes Abstimmungsresultat als der Kanton Jura und Restbern aufwies (blau).

Werden nur die umstrittenen Vorlagen betrachtet, lässt sich ein differenzierteres Bild zeichnen. Bei umstrittenen Fragen zur *Staatsordnung* stimmte der Berner Jura in der Regel (d.h. in fünf von sieben Fällen) wie der restliche Kanton Bern. In Tabelle 4 wird ersichtlich, dass sich der Berner Jura z.B. zusammen mit dem restlichen Kanton Bern, aber gegen den Kanton Jura gegen erleichterte Einbürgerungen einsetzte, sich allerdings zwei Mal zusammen mit dem Kanton Jura in familienpolitischen Fragen ins Ja-Lager schlug. Bei den Fragen der Staatsordnung gehörte der Berner Jura bei den umstrittenen Vorlagen damit jedes Mals ins Gewinnerlager.

Dies ist nicht der Fall bei der *Aussenpolitik*. Bei einer der gewichtigsten Vorlagen der letzten Jahrzehnte, dem Entscheid über den Europäischen Wirtschaftsraum, hätte sich der Berner Jura - zusammen mit dem Kanton Jura, aber gegen Restbern – für einen Beitritt ausgesprochen.

In der *Sicherheitspolitik* stimmt der Berner Jura bei sechs der insgesamt neun umstrittenen Vorlagen wie der Kanton Jura und erweist sich dabei im Verlauf der Zeit als armeekritischer als Restbern: zwar lehnt er – zusammen mit Restbern und gegen die Mehrheit des Kantons Jura – die Initiativen für ein Rüstungsreferendum (1987) und für die Abschaffung der Armee (1989) noch ab, nimmt aber dann zusammen mit dem Kanton Jura drei armeekritische Initiativen an bzw. verwirft drei armeefreundliche Vorlagen. Allerdings gehört der Berner Jura damit zusammen mit dem Kanton Jura schweizweit gesehen zu den Verlierern.

In der *Wirtschaftspolitik* ist der Berner Jura gespalten. Je drei Mal stimmt er wie der restliche Kanton Bern bzw. wie der Kanton Jura. Beim Schutz des Kleingewerbes und der Arbeitnehmerschaft schlägt er sich erfolglos auf die Seite des Kantons Jura, stimmt aber – erfolgreich – wie der restliche Kanton Bern einem Ausbau der Ferien bzw. einer Verringerung der Arbeitszeit nicht zu.

Ein differenziertes Bild zeigt sich auch bei der *Landwirtschaftspolitik*: Vier Mal stimmt der Berner Jura hier bei umstrittenen Vorlagen wie der Kanton Jura, drei Mal wie der Kanton Bern. Mehrheitlich scheint er eine eher traditionelle Landwirtschaftspolitik zu verfolgen.

In der *Finanzpolitik* weist der Berner Jura bei vier der sechs umstrittenen Vorlagen die gleichen Mehrheiten wie der Kanton Jura auf. Ähnlich wie in der *Energiepolitik*, wo der Berner Jura je zwei Mal wie der Kanton Jura bzw. wie Restbern stimmt, scheint sich hier die Kongruenz mit dem Kanton Jura erst mit der Zeit zu entwickeln. Exemplarisch zeigt sich dies bei Atomenergiefragen, in denen der Berner Jura 1984 noch im Lager von Restbern (und der Mehrheit der Schweiz) gegen eine Beschränkung der Atomenergie stimmt. 1990 schlägt sich der Berner Jura dann aber – diesmal zusammen mit dem Kanton Jura und gegen Restbern – auf die atomenergiekritische Seite, allerdings erfolglos.

Eine auffällige Verteilung zeigt die *Verkehrs- und Infrastrukturpolitik* (vgl. Abbildung 8). Bei allen neun umstrittenen Vorlagen ist der Berner Jura mit der Mehrheit von Restbern nicht einverstanden und stimmt gleich wie der Kanton Jura. In sieben dieser neun Fälle hatte sich auf eidgenössischer Ebene ein Sprachgraben manifestiert. Häufig zeigt sich bei der Verkehrspolitik, dass sich die nichtdeutsch sprechende Bevölkerung stärker für individuelle Mobilität einsetzt. Diese Regel scheinen auch die Bernjurassischen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu bestätigen. Zusätzlich stimmt der Berner Jura prononcierter als der Kanton Jura gegen Strassenabgaben: sowohl der Weiterführung der Nationalstrassenabgabe als auch der Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe sowie der Einführung der

LSVA verweigert der Berner Jura – entgegen der Mehrheit des Kantons Jura und Restberns sowie der ganzen Schweiz – seine Unterstützung an der Urne.

Bei den umstrittenen Vorlagen zu *Umwelt und Lebensraum* stimmt der Berner Jura bei zwei der drei Fälle wie Restbern und zählt dabei drei Mal auch zur gesamtschweizerischen Mehrheit.

Lediglich drei Mal (von insgesamt 19 umstrittenen Vorlagen) geht der Berner Jura in der *Sozialpolitik* mit Restbern einer Meinung. Die Bernjurassische Bevölkerung zeigt sich in zwei dieser drei Vorlagen zusammen mit Restbern und der gesamten Schweizer Bevölkerung als wenig ausländerfreundlich. Auf der anderen Seite setzt sich der Berner Jura zusammen mit dem Kanton Jura – allerdings mit einer Ausnahme erfolglos – für einen Ausbau bzw. den Schutz der Sozialversicherungen aus. Hier zeigt sich – ähnlich wie in der Verkehrspolitik – eine gewisse Nähe des Berner Juras zur französischsprachigen Schweiz.

Bei der *Bildungs- und Forschungspolitik* stimmt der Berner Jura bei allen vier umstrittenen Vorlagen wie der Kanton Jura. Bei den drei bildungspolitischen Vorlagen erweist sich die Bernjurassische Bevölkerung, im Gegensatz zu Restbern, als Befürworterin einer staatlichen Unterstützung in der Bildung. In der Regel befindet sie sich auch hier in der Mehrheit der frankophonen Kantone.

Auch bei der einzigen umstrittenen Vorlage in der *Kulturpolitik* stimmt der Berner Jura wie die französischsprachige Schweiz und hätte die Buchpreisbindung angenommen. Restbern und die Mehrheit der deutschsprachigen Schweiz lehnten dieses Bundesgesetz ab.

In der Mehrzahl der 77 umstrittenen Vorlagen stimmt der Berner Jura wie der Kanton Jura (vgl. Schritt 3). Allerdings zeigen sich thematisch einige Unterschiede. So teilt der Berner Jura insgesamt die wenig ausländerfreundliche Haltung Restberns, stimmt aber in der Sozial-, der Verkehrs- und der Bildungspolitik eher mit dem Kanton Jura und zeigt sich damit in der Regel zugehörig zur französischsprachigen Schweiz, die einer staatszentrierten Sozial- und Bildungspolitik und einer individuellen Verkehrsmobilität den Vorrang gibt (Linder et al. 2008). Nicht nur hätte der Berner Jura zusammen mit dem Kanton Jura und der französischsprachigen Schweiz den EWR-Beitritt angenommen, sondern die nordbernisch-französischsprachige Region zeigt sich mit der Zeit auch atomenergie- und armeekritischer als Restbern. Die politische Kultur des Berner Juras erweist sich damit zwar als etwas näher zur Jurassischen bzw. französischsprachigen Politikkultur, die französischsprachige Nordberner Region gehört damit aber bei diesen umstrittenen Vorlagen auch häufiger zu den Verlierern: von den 53 Abstimmungen, bei denen der Berner Jura gleich wie der Kanton Jura abstimmt, gehören die beiden lediglich dreizehn Mal zu den Abstimmungssiegern. Bei den 24 Abstimmungen, bei denen der ganze Kanton Bern – also zusammen mit dem Berner Jura – dem gleichen Lager angehört, zeigt sich die gleiche siegreiche Mehrheit auch in der gesamten Schweiz.

TABELLE 4:

UMSTRITTENE ABSTIMMUNGSVORLAGEN (GEORDNET NACH THEMA): ÜBEREINSTIMMUNG DES BERNER JURAS MIT DEM KANTON JURA BZW. MIT RESTBERN (GRAU UNTERLEGT: RESULTAT DER GESAMTSCHWEIZ)

Vorlage	BEJU = Jura	BEJU = Bern
<i>Staatsordnung</i>		
Schweizerisches Strafgesetzbuch (Gewaltverbrechen)		X (J)
Bundesbeschluss über die Erleichterung gewisser Einbürgerungen		X (N)
Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht)	X (J)	
Bundesbeschluss über die Änderung der Voraussetzung für die Wählbarkeit in den Bundesrat		X (J)
Bundespersonalgesetz		X (J)
Bundesbeschluss über die Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation		X (N)
Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	X (J)	
<i>Aussenpolitik</i>		
Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	X (J)	
Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (BTFO)		X (N)
<i>Sicherheitspolitik</i>		
Volksinitiative «für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)»		X (N)
Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»		X (N)
Militärstrafgesetz (MStG)	X (N)	
Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär»	X (J)	
Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»	X (J)	
Volksinitiative «Sparen beim Militär - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze»	X (J)	
Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Bewaffnung)	X (N)	
Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Ausbildungszusammenarbeit)	X (N)	
Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt"		X (N)
<i>Wirtschaftspolitik</i>		
Volksinitiative «für eine Verlängerung der bezahlten Ferien»		X (N)
Bundesbeschluss über die Innovationsrisikogarantie zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen	X (J)	
Volksinitiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit»		X (N)
Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	X (N)	
Gold für AHV, Kantone und Stiftung (Gegenvorschlag zur Goldinitiative)		X (N)
Arbeitsgesetz (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)	X (N)	
<i>Landwirtschaftspolitik</i>		
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Unterstützung für die Selbstversorgung mit Brotgetreide	X (J)	
Bundesbeschluss über die inländische Zuckerwirtschaft		X (N)
Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)»	X (N)	
Bundesbeschluss über den Rebbau	X (J)	
Gegenentwurf zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige Landwirtschaft»	X (J)	
Milchwirtschaftsbeschluss 1988 (MWB 1988)		X (N)
Landwirtschaftsgesetz		X (N)
<i>Öffentliche Finanzen</i>		
Bundesbeschluss über die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben		X (J)
Bundesbeschluss über Neuverteilung des Reinertrages aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser		X (J)
Bundesbeschluss über die Neuordnung der Bundesfinanzen	X (N)	
Bundesgesetz über die Erhöhung des Treibstoffzolles	X (N)	
Bundesbeschluss über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen	X (N)	
Volksinitiative "Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb"	X (J)	
<i>Energie</i>		
Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke»		X (N)
Volksinitiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung»		X (N)
Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie»	X (J)	
Elektrizitätsmarktgesetz	X (N)	

Vorlage	BEJU = Jura	BEJU = Bern
<i>Verkehr und Infrastruktur</i>		
Bundesbeschluss über die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe	X (N)	
Bundesbeschluss über eine Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen	X (N)	
Bundesbeschluss betreffend das Konzept BAHN 2000	X (J)	
Bundesbeschluss über die Verfassungsgrundlagen für eine koordinierte Verkehrspolitik	X (N)	
Volksinitiative «pro Tempo 130/100»	X (J)	
Volksinitiative «zum Schutze des Alpengebietes vor dem Transitverkehr»	X (N)	
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplatzanlagen	X (N)	
Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	X (N)	
Volksinitiative «Postdienst für alle»	X (J)	
<i>Umwelt und Lebensraum</i>		
Volksinitiative «gegen den Ausverkauf der Heimat»	X (N)	
Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht		X (J)
Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland		X (N)
<i>Sozialpolitik</i>		
Ausländergesetz		X (N)
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Beitragspflicht des Bundes im Gesundheitswesen	X (N)	
Volksinitiative «Recht auf Leben»		X (N)
Volksinitiative «Herabsetzung des AHV-Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen»	X (J)	
Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	X (N)	
Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung	X (N)	
Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»	X (J)	
Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin	X (N)	
Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung	X (J)	
Volksinitiative «für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen»	X (J)	
Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»	X (J)	
Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung	X (N)	
Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»	X (J)	
Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz)	X (N)	
Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	X (J)	
Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	X (N)	
Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter»	X (J)	
Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG)	X (N)	
Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)»		X (J)
<i>Bildung und Forschung</i>		
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Beiträge für den Primarschulunterricht	X (N)	
Bundesbeschluss über die Ausbildungsbeiträge	X (N)	
Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns»	X (J)	
Volksinitiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche»	X (N)	
<i>Kultur, Religion, Medien</i>		
Bundesgesetz über die Buchpreisbindung	X (J)	
BEJU alleine (nie erfolgreich)		
<i>Wirtschaftspolitik</i>		
Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds»		JA
<i>Verkehr und Infrastruktur</i>		
Bundesbeschluss über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe		NEIN
Bundesbeschluss über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe		NEIN
Bundesbeschluss über die Einführung einer leistungs- / verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe		NEIN
<i>Sozialpolitik</i>		
Schweizerisches Strafgesetzbuch Militärstrafgesetz		NEIN
Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»		JA
<i>Kultur, Religion, Medien</i>		
Bundesbeschluss über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümern		NEIN

Lesebeispiel: Bei der Vorlage „Schweizerisches Strafgesetzbuch (Gewaltverbrechen)“ stimmte der Berner Jura wie Restbern „JA“; gesamtschweizerisch wurde die Vorlage angenommen.

Die Betrachtung der Analyse des Abstimmungsverhaltens in den drei ausgewählten Gemeinden bzw. im Laufental führt zu folgenden Beobachtungen (vgl. Tabelle 5):

TABELLE 5:

THEMATISCH GEORDNETE ABSTIMMUNGSVORLAGEN; ÜBEREINSTIMMUNG EINZELNER GEMEINDERESULTATE MIT DEM KANTON JURA BZW. BERN (OHNE BERNER JURA)

Themenfeld	Moutier			Ederswiler			Vellerat			Laufental			Total	
	A	BE	JU	A	BE	JU	A	BE	JU	A	BE	JU	n.u	u
Staatsordnung	0	3	4	15	4	3	8	3	4	2	5	2	29	7
Aussenpolitik	0	1	1	8	2	0	3	1	1	1	2	0	14	2
Sicherheitspolitik	1	0	9	0	3	6	0	3	6	1	7	2	9	9
Wirtschaft	1	1	5	2	3	3	1	1	5	1	5	1	8	6
Landwirtschaft	0	4	3	4	2	5	2	6	1	0	6	1	7	7
Öffentliche Finanzen	2	2	4	4	1	5	5	2	4	0	4	2	13	6
Energie	0	0	4	1	2	2	2	1	3	1	1	3	9	4
Verkehr und Infrastruktur	3	1	8	7	2	7	7	1	8	2	5	4	19	9
Umwelt und Lebensraum	1	2	1	5	2	1	2	1	2	4	1	2	15	3
Sozialpolitik	3	2	17	13	9	10	8	6	13	5	13	6	50	19
Bildung und Forschung	1	0	4	2	0	4	1	1	3	0	0	4	8	4
Kultur, Religion, Medien	0	0	1	4	0	1	1	0	1	0	1	0	8	1
Total	12	16	61	65	30	47	40	26	51	17	50	27	189	77

A: Der Kanton Jura stimmt wie Restbern (nicht umstrittene Vorlagen), aber die Gemeinde/Region stimmt anders; BE: bei einer umstrittenen Vorlagen stimmt die Gemeinde/Region gleich wie Restbern; JU: bei einer umstrittenen Vorlagen stimmt die Gemeinde/Region gleich wie der Kanton Jura; n.u.: nicht umstrittene Vorlagen; u: umstrittene Vorlagen.

Lesebeispiel: Im Politikfeld „Staatsordnung“ stimmt die Gemeinde Moutier bei den nicht umstrittenen Abstimmungsvorlagen nie anders; bei drei der sieben umstrittenen Vorlagen weist die Gemeinde Moutier das gleiche Abstimmungsergebnis auf wie der Kanton Bern (exklusive die Gemeinden des Berner Juras) und bei vier Abstimmungen das gleiche Abstimmungsergebnis wie der Kanton Jura.

Moutier erweist sich insgesamt als noch ähnlicher mit dem Kanton Jura als der gesamte Berner Jura; insbesondere in der Sicherheitspolitik und in der Energiepolitik erweist sich das Abstimmungsverhalten von Moutier mit demjenigen des Kantons Jura deckungsgleich. Moutier zeigt sich unter anderem etwas ausländerfreundlicher als der restliche Berner Jura.

Die Gemeinde Ederswiler teilt bei umstrittenen Vorlagen mehrheitlich die Meinung mit ihrem Kanton. Allerdings erweist sich die vorwiegend deutschsprachige Gemeinde insbesondere hinsichtlich der Sozialpolitik etwas weniger staatsorientiert. Auffällig ist zudem die häufige Abweichung bei unumstrittenen Vorlagen.

Vellerat stimmt – ähnlich wie Moutier – bei umstrittenen Vorlagen häufiger wie der Kanton Jura. Im Unterschied zum Berner Jura ähnelt die politische Kultur in Vellerat insbesondere in der Wirtschaftspolitik noch etwas stärker dem Kanton Jura. Ein gewichtiger Unterschied zeigt sich aber in der Landwirtschaftspolitik, wo Vellerat als stark landwirtschaftlich orientierte Gemeinde deutlich kongruenter mit Restbern als mit dem Kanton Jura stimmt.

Das Laufental schliesslich zeigt sich im Abstimmungsverhalten bei den umstrittenen Vorlagen mit drei Ausnahmen als ähnlicher zum Kanton Bern (exklusive die Bernjurassischen Gemeinden) als zum Kanton Jura. In der Energiepolitik und der Bildungspolitik zeigen sich bei den zwischen dem Kanton Jura und Restbern umstrittenen Vorlagen allerdings ähnliche Mehrheiten wie im Kanton Jura. Es sind diese Politikfelder, in denen der Kanton Basel-Landschaft – der neue Heimatkanton des Laufentals – häufig wie die französischsprachigen Kantone stimmt: so stimmt der Kanton Basel-Landschaft bei je drei der vier umstrittenen Vorlagen in diesen beiden Politikfeldern gleich wie der Kanton Jura und das Laufental entsprechend auch wie der Kanton Basel-Landschaft.

Insgesamt bestätigen sich die Befunde aus den Analyseschritten 1 bis 3 auch in der thematischen Analyse: der Berner Jura stimmt im Mittel eher wie der Kanton Jura und eher nicht wie der restliche Kanton Bern. Allerdings lassen sich interessante thematische Ausnahmen beobachten: In Abstimmungen zur Staatsordnung, zur Aussenpolitik und zur Kulturpolitik ist das Abstimmungsverhalten des Berner Juras im Schnitt kongruenter mit jenem von Restbern. Dies zeigt sich auch bei der Analyse derjenigen 77 Abstimmungen, bei denen sich materielle Unterschiede zwischen dem Kanton Jura und Restbern manifestieren. In der Mehrzahl stimmt der Berner Jura hier wie der Kanton Jura, allerdings mit thematischen Unterschieden. So teilt der Berner Jura insgesamt die wenig ausländerfreundliche Haltung Restberns, stimmt aber in der Sozial-, der Verkehrs- und der Bildungspolitik eher mit dem Kanton Jura und zeigt sich damit zugehörig zur französischsprachigen Schweiz, die einer staatszentrierten Sozial- und Bildungspolitik und einer individuellen Verkehrsmobilität den Vorrang gibt. Teilweise deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen den vier hier genauer untersuchten Gemeinden: während Moutier in fast allen Themenbereichen eine hohe Kongruenz mit dem Kanton Jura aufweist, gleicht das Stimmverhalten von Ederswiler (JU) eher demjenigen des Kantons Bern und zwar unbesehen des Politikfeldes. In Vellerat ist das Abstimmungsverhalten – allerdings mit teilweise hohen Differenzen, die auf die geringe Einwohnerzahl zurückzuführen sind – ähnlicher mit jenem des Kantons Jura – mit Ausnahme der Landwirtschaftspolitik. Das Abstimmungsverhalten des Laufentals entspricht insgesamt eher demjenigen des Kantons Bern (exklusive die Gemeinden des Berner Juras). Ausnahme bilden die Energie- und die Bildungspolitik. Hier stimmt allerdings auch der Kanton Basel-Landschaft – der ab 1994 neue Heimatkanton des Laufentals – häufig sehr ähnlich wie der Kanton Jura. Auffallend ist zudem, wie häufig die einzelnen Gemeinden auch bei Vorlagen, die zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Jura nicht umstritten sind, abweichende Mehrheiten aufweisen. Dies weist auf eine doch recht autonome kommunale politische Kultur hin.

FAZIT

Am 24. November werden der Kanton Jura und der Berner Jura über die Lancierung eines Prozesses abstimmen, der einst in eine Fusion der beiden Regionen münden könnte. Die Diskussionen in der bisherigen Abstimmungskampagne weisen auf einen relativ deutlichen Abstimmungsausgang hin: während der Kanton Jura die Vorlage mit grosser Mehrheit gutheissen wird, wird das Begehren im Berner Jura wohl abgelehnt. Die Gründe für die ablehnende Haltung im französischsprachigen Teil des Kantons Bern dürften mannigfaltig sein. Bei Abstimmungen mit unsicherem Ziel zeigt sich häufig ein Status-Quo-Bias (Linder 2012). Mit anderen Worten: Weist eine Abstimmungsvorlage nur vage Ziele und wenig deutliche Folgen aus, dann entscheiden sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger eher für den Status Quo. Bisher war in der Abstimmungskampagne etwa kaum die Rede von möglichen Zukunftsszenarien. Freilich sollen diese erst im durch die November-Abstimmung angestrebten Prozess diskutiert und ausformuliert werden. Dennoch fehlt es in der aktuellen Diskussion an deutlich formulierten Zielen und Folgen einer allfälligen Fusion.

In der vorliegenden Analyse wird versucht, die Diskussion rund um die Jura-Frage zu erweitern. Auf der Basis von Abstimmungsergebnissen zu 266 eidgenössischen Vorlagen zwischen 1981 und 2012 wurde untersucht, ob und wie sich die politische Kultur des Berner Juras von derjenigen des restlichen Kantons Bern bzw. des Kantons Jura unterscheidet. Dabei lassen sich mindestens die drei folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

- Unter der Annahme, dass sich politische Einstellungen einer Region anhand von Abstimmungsergebnissen messen lassen, zeigt sich in der politischen Kultur des Berner Juras eine grössere Kongruenz mit dem Kanton Jura als mit Restbern. Die grössere Übereinstimmung im Stimmverhalten des Berner Juras mit dem Kanton Jura ist unabhängig davon, ob alle eidgenössischen Abstimmungsvorlagen zwischen 1981 und 2012 aggregiert, pro Jahr oder als Einzelvorlagen betrachtet werden. Die politisch-kulturelle Nähe zum nördlichen Kanton zeigt sich insbesondere in der Sozial-, der Verkehrs- und der Bildungspolitik: hier scheint der Berner Jura – ähnlich wie der Kanton Jura aber entgegen dem restlichen Kanton Bern – einer staatszentrierten Sozial- und Bildungspolitik und einer individuellen Verkehrsmobilität den Vorrang zu geben. In der Energie- und in der Sicherheitspolitik scheint sich der Berner Jura mit der Zeit dem Kanton Jura anzupassen: der französischsprachige Teil des Kantons Bern wird mit der Zeit atomenergie- und armeekritischer und gleicht damit eher dem Kanton Jura als dem Kanton Bern. Geringere Differenzen zum restlichen Kanton Bern zeigen sich in der Ausländerpolitik, die sich ähnlich dem restlichen Kanton Bern in Abstimmungen als eher restriktiv erweist. Darüber hinaus zeigt der Berner Jura auch in der Außenpolitik grössere Ähnlichkeiten mit seinem angestammten Kanton. Gewichtige Ausnahme, die diese Regel bestätigt, ist allerdings die Abstimmung über den EWR-Beitritt, die nicht nur vom Kanton Jura, sondern auch vom Berner Jura angenommen worden wäre.
- Ob diese politisch-kulturelle Nähe nun bedeutet, dass der Berner Jura im Kanton Jura besser aufgehoben ist, ist letztlich eine politische Frage. Auf der einen Seite können die Resultate als Basis für die Befürworter interpretiert werden: Nicht nur rein zahlenmässig wäre der Berner Jura im Kanton Jura mächtiger als im Kanton Bern, sondern auch politisch-kulturell würde er besser zum

nördlichen Nachbarkanton passen; die insbesondere in der Sozial-, Bildungs-, Energie und Verkehrspolitik sich häufig zeigende spezifisch französischsprachige Abstimmungskultur dürfte dabei auch der Diskussion um einen möglichen Kanton „Arc Jurassien“ mit den Kantonen Jura, Neuenburg und dem Berner Jura Vorschub leisten. Auf der anderen Seite können die Befunde aber auch den Gegnern einer möglichen Fusion dienen: erstens gibt es einige gewichtige Ausnahmen hinsichtlich der Kongruenz der politischen Kultur zwischen dem Kanton Jura und dem Berner Jura. Von einer Deckungsgleichheit kann sicherlich nicht gesprochen werden. Dies spricht aber zweitens für die postulierte Brückenfunktion des Berner Juras. Die Region garantiert nicht nur die Integration der französischen Sprache in den mehrheitlich deutschsprachigen Kanton Bern, sondern sie hilft auch mit, die von den französischsprachigen Kantonen geprägte politische Kultur einfließen zu lassen. Natürlich befindet sich der Berner Jura mit seiner politischen Kultur damit im Kanton Bern sehr häufig in der Minderheit, aber auch Minderheiten können – wenn auch langsam und sporadisch – wichtige Veränderungen provozieren. Freilich müsste im Falle eines Verbleibs des Berner Juras beim Kanton Bern und in Anbetracht der doch recht eigenständigen politischen Kultur dieser Region auch über einen möglichen Ausbau des Autonomiestatuts diskutiert werden.

- Die Analysen der einzelnen Gemeinden zeigen recht grosse kommunale Unterschiede bezüglich der Nähe zum Kanton Jura, aber auch eine relativ deutliche Varianz in der kommunalpolitischen Mikrokultur. Diese Befunde zeigen die Bedeutung des zweistufigen Abstimmungsverfahrens. Egal wie sich der Berner Jura entscheidet, haben die einzelnen Gemeinden die Möglichkeit, sich im Rahmen einer kommunalen Abstimmung für den Verbleib im Kanton Bern (im Falle einer Annahme der Vorlage durch den gesamten Berner Jura) bzw. für einen Wechsel in den Kanton Jura (im Falle einer Ablehnung der Vorlage durch den gesamten Berner Jura) zu entscheiden. Die kommunalen Analysen zeigen nicht unerwartet, dass vor allem die mit Hilfe eidgenössischer Abstimmungen gemessene politische Kultur der Gemeinde Moutier eine hohe Kongruenz mit jener des Kantons Jura aufweist. Freilich erweisen sich auch zahlreiche andere Bernjurassische Gemeinden in der Mehrzahl der Vorlagen in ihrem Abstimmungsverhalten ähnlicher wie der Kanton Jura als der restliche Kanton Bern. Dabei hat sich die Sprachzusammensetzung innerhalb der Gemeinden als wesentlicher Erklärungsfaktor entpuppt. Das teilweise stark abweichende Stimmverhalten einzelner Gemeinden lässt sich dabei wohl auch auf die geringe Einwohnerzahl vieler Bernjurassischer Gemeinden zurückführen. Dennoch, dass es sich weder mit dem Abstimmungsverhalten des Kantons Jura noch mit jenem von Restbern deckt, darf ebenfalls als Hinweis darauf gedeutet werden, dass die Gemeinden einzeln und autonom entscheiden dürfen sollen, in welchem Kanton sie sich besser aufgehoben fühlen. Dass eine kommunale Abstimmung keine Zwängerei ist, sondern durchaus ihre Berechtigung hat (bzw. hätte), wird auch vom Fall Ederswiler bestätigt. Die einzige deutschsprachig dominierte Gemeinde im Kanton Jura weist ein deutlich ähnlicheres Stimmverhalten wie der Kanton Bern als wie der Kanton Jura auf. Am Beispiel des Laufentals hat sich zudem gezeigt, dass eine schlechte Übereinstimmung der politischen Kultur auch zu einem Wechsel zu einem anderen Kanton führen kann.

Egal wie das Resultat am 24. November und in allfälligen nachfolgenden kommunalen Abstimmungen ausfallen wird: Der Prozess ist ein Zeichen für eine lebendige und funktionierende Demokratie.

Dieser Prozess wird mit den anstehenden Urnengängen nicht abgeschlossen sein, auch wenn sich der Berner Jura und alle Gemeinden gegen eine Fusion mit dem Kanton Jura aussprechen sollten. Zeichen einer qualitativ hochstehenden Demokratie ist nämlich, dass Minderheiten das Recht eingeräumt wird, gefällte Entscheide immer wieder neu zu diskutieren.

ANHANG 1:

Liste der Abstimmungen und wichtigste Eckdaten (Anteil Ja-Stimmen in Prozent aller gültigen Stimmen in einer Region / dem Kanton Jura).

Datum	BFS-Nr.	Titel	BEJU	BE (exkl. Beju)	Jura
14.06.1981	306	Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau»	67.1	61.0	76.5
14.06.1981	307	Bundesbeschluss über die Volksinitiative «zur Absicherung der Rechte der Konsumenten»	75.2	69.2	80.9
29.11.1981	308	Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzordnung und die Verbesserung des Bundeshaushaltes	62.3	69.9	58.9
06.06.1982	309	Schweizerisches Strafgesetzbuch (Gewaltverbrechen)	64.2	66.4	40.8
06.06.1982	310	Ausländergesetz	47.7	48.3	59.7
28.11.1982	311.1	Volksinitiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise»	65.2	54.1	77.5
28.11.1982	311.2	Gegenentwurf zur Volksinitiative «zur Verhinderung missbräuchlicher Preise»	20.2	25.4	11.3
27.02.1983	312	Bundesbeschluss über die Neuregelung bei den Treibstoffzöllen	62.4	53.0	56.6
27.02.1983	313	Bundesbeschluss über den Energieartikel in der Bundesverfassung	59.0	53.9	52.4
04.12.1983	314	Bundesbeschluss über Änderungen der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung	52.2	60.9	65.5
04.12.1983	315	Bundesbeschluss über die Erleichterung gewisser Einbürgerungen	43.6	42.8	57.1
26.02.1984	316	Bundesbeschluss über die Erhebung einer Schwerverkehrsabgabe	44.2	60.7	42.0
26.02.1984	317	Bundesbeschluss über eine Abgabe für die Benützung der Nationalstrassen	35.5	59.1	31.1
26.02.1984	318	Volksinitiative «für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises»	43.5	32.4	49.8
20.05.1984	319	Volksinitiative «gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht»	28.0	35.5	20.4
20.05.1984	320	Volksinitiative «gegen den Ausverkauf der Heimat»	41.6	59.2	24.5
23.09.1984	321	Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke»	49.6	41.9	54.5
23.09.1984	322	Volksinitiative «für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung»	49.3	43.4	53.6
02.12.1984	323	Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft»	22.8	15.0	26.6
02.12.1984	324	Bundesbeschluss über einen Radio- und Fernsehartikel	65.4	70.0	63.6
02.12.1984	325	Bundesbeschluss über die Volksinitiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen»	77.4	85.8	74.4
10.03.1985	326	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Beiträge für den Primarschulunterricht	42.9	61.3	22.4
10.03.1985	327	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Beitragspflicht des Bundes im Gesundheitswesen	40.7	57.3	21.7
10.03.1985	328	Bundesbeschluss über die Ausbildungsbeiträge	37.5	50.2	18.5
10.05.1985	329	Volksinitiative «für eine Verlängerung der bezahlten Ferien»	45.8	31.0	58.9
09.06.1985	330	Volksinitiative «Recht auf Leben»	29.6	24.2	55.8
09.06.1985	331	Bundesbeschluss über die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben	60.8	72.9	27.4
09.06.1985	332	Bundesbeschluss über die Neuverteilung des Reinertrages aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser	69.8	76.8	37.5
09.06.1985	333	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Unterstützung für die Selbstversorgung mit Brotgetreide	65.9	47.3	59.4
22.09.1985	334	Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für die Koordination des Schuljahresbeginns»	88.7	36.4	91.0
22.09.1985	335	Bundesbeschluss über die Innovationsrisikogarantie zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen	61.2	40.4	76.9
22.09.1985	336	Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht)	65.0	49.0	76.8
01.12.1985	337	Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion»	22.0	34.2	17.0
16.03.1986	338	Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen	24.7	22.7	40.2
28.09.1986	339.1	Volksinitiative Eidgenössische «Kulturinitiative»	18.9	13.7	19.8
28.09.1986	339.2	Gegenentwurf zur Volksinitiative Eidgenössische «Kulturinitiative»	39.6	40.1	45.5
28.09.1986	340	Volksinitiative «für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung»	22.0	15.4	24.1
28.09.1986	341	Bundesbeschluss über die inländische Zuckerwirtschaft	41.1	44.3	54.4
07.12.1986	342	Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für Mieterschutz»	71.2	66.8	75.8
07.12.1986	343	Volksinitiative «für eine gerechte Besteuerung des Schwerverkehrs (Schwerverkehrsabgabe)»	24.0	34.5	20.1
05.04.1987	344	Asylgesetz	62.2	68.8	58.3
05.04.1987	345	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer	60.8	67.1	57.3
05.04.1987	346	Volksinitiative «für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)»	49.7	37.8	54.1
05.04.1987	347	Bundesbeschluss über das Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf	64.4	62.6	67.4
06.12.1987	348	Bundesbeschluss betreffend das Konzept BAHN 2000	57.6	39.6	67.3
06.12.1987	349	Bundesgesetz über die Krankenversicherung	22.7	24.7	31.1
06.12.1987	350	Volksinitiative «zum Schutz der Moore - Rothenthurm-Initiative»	63.7	59.5	69.9
12.06.1988	351	Bundesbeschluss über die Verfassungsgrundlagen für eine koordinierte Verkehrspolitik	29.2	50.2	27.7
12.06.1988	352	Volksinitiative «zur Herabsetzung des AHV-Rentenalters auf 62 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen»	53.1	28.0	65.1

04.12.1988	353	Volksinitiative «Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»	39.7	33.7	37.4
04.12.1988	354	Volksinitiative «zur Herabsetzung der Arbeitszeit»	44.9	30.3	56.1
04.12.1988	355	Volksinitiative «für die Begrenzung der Einwanderung»	37.1	34.5	28.9
04.06.1989	356	Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)»	37.9	53.8	28.6
26.11.1989	357	Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»	42.9	29.2	55.5
26.11.1989	358	Volksinitiative «pro Tempo 130/100»	58.7	31.0	58.9
01.04.1990	359	Volksinitiative «Stopp dem Beton - für eine Begrenzung des Strassenbaus!»	19.3	33.1	15.4
01.04.1990	360	Volksinitiative «für eine autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon»	20.0	40.0	14.6
01.04.1990	361	Volksinitiative «für ein autobahnfreies Knonauer Amt»	21.8	39.8	17.2
01.04.1990	362	Volksinitiative «für eine freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil»	19.0	43.5	13.8
01.04.1990	363	Bundesbeschluss über den Rebbau	52.7	44.7	53.9
01.04.1990	364	Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege	42.8	46.5	35.4
23.09.1990	365	Volksinitiative «für den Ausstieg aus der Atomenergie»	55.4	47.9	59.6
23.09.1990	366	Volksinitiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)»	59.7	56.4	65.4
23.09.1990	367	Bundesbeschluss über den Energieartikel in der Bundesverfassung	76.9	74.0	77.0
23.09.1990	368	Bundesgesetz über den Strassenverkehr	60.8	51.1	60.5
03.03.1991	369	Bundesbeschluss über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre	70.9	73.4	83.3
03.03.1991	370	Volksinitiative «zur Förderung des öffentlichen Verkehrs»	32.1	39.0	26.8
02.06.1991	371	Bundesbeschluss über die Neuordnung der Bundesfinanzen	36.4	50.1	41.3
02.06.1991	372	Militärstrafgesetz (MStG)	45.7	55.8	42.9
16.02.1992	373	Volksinitiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung (Krankenkasseninitiative)»	44.9	42.5	41.6
16.02.1992	374	Volksinitiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche (Weg vom Tierversuch!)»	36.9	52.9	27.2
17.05.1992	375	Bundesbeschluss über den Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods	55.1	53.4	54.7
17.05.1992	376	Bundesgesetz über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods	55.2	54.0	54.5
17.05.1992	377	Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)	62.4	73.9	64.0
17.05.1992	378	Volksinitiative «zur Rettung unserer Gewässer»	29.1	39.3	35.7
17.05.1992	379	Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen»	71.3	78.6	69.7
17.05.1992	380	Bundesbeschluss über die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer	78.5	84.8	79.0
17.05.1992	381	Schweizerisches Strafgesetzbuch, Militärstrafgesetz (Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität)	66.3	73.7	67.4
27.09.1992	382	Bundesbeschluss über den Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale (Alpentransit-Beschluss)	67.8	60.1	70.1
27.09.1992	383	Bundesgesetz über den Geschäftsverkehr der Bundesversammlung sowie über die Form, die Bekanntmachung und das Inkrafttreten ihrer Erlasse (Geschäftsverkehrsgesetz)	57.9	57.9	60.7
27.09.1992	384	Bundesgesetz über die Bezüge der Mitglieder der eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Entschädigungsgesetz)	24.1	25.4	26.4
27.09.1992	385	Bundesgesetz über die Beiträge an die Infrastrukturkosten der Fraktionen und der Mitglieder der eidgenössischen Räte (Infrastrukturgesetz)	26.9	28.8	29.4
27.09.1992	386	Bundesgesetz über die Stempelabgaben	51.6	53.1	57.0
27.09.1992	387	Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht	59.0	62.2	46.1
06.12.1992	388	Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	67.5	46.5	77.1
07.03.1993	389	Bundesgesetz über die Erhöhung des Treibstoffzoll	35.3	61.0	36.8
07.03.1993	390	Bundesbeschluss über die Aufhebung des Spielbankenverbots	69.0	69.9	66.7
07.03.1993	391	Volksinitiative «zur Abschaffung der Tierversuche»	23.9	30.9	19.4
06.06.1993	392	Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug - Umweltschutz auch beim Militär»	59.5	40.5	73.3
06.06.1993	393	Volksinitiative «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»	55.5	38.4	69.4
26.09.1993	394	Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch	84.6	85.4	88.6
26.09.1993	395	Bundesbeschluss über den Anschluss des bernischen Amtsbezirks Laufen an den Kanton Basel-Landschaft	50.8	57.9	89.0
26.09.1993	396	Volksinitiative «für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag (1. August-Initiative)»	80.2	81.3	71.9
26.09.1993	397	Bundesbeschluss über befristete Massnahmen gegen die Kostensteigerung in der Krankenversicherung	75.8	82.4	74.7
26.09.1993	398	Bundesbeschluss über Massnahmen in der Arbeitslosenversicherung	65.6	70.8	59.8
28.11.1993	399	Bundesbeschluss über die Finanzordnung	58.4	72.3	60.0
28.11.1993	400	Bundesbeschluss über einen Beitrag zur Gesundung der Bundesfinanzen	47.2	63.7	49.4
28.11.1993	401	Bundesbeschluss über Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung	56.5	69.3	56.2
28.11.1993	402	Bundesbeschluss über besondere Verbrauchssteuern	52.2	66.0	54.7
28.11.1993	403	Volksinitiative «zur Verminderung der Alkoholprobleme»	23.4	27.7	19.3
28.11.1993	404	Volksinitiative «zur Verminderung der Tabakprobleme»	22.9	27.7	19.6
20.02.1994	405	Bundesbeschluss über die Weiterführung der Nationalstrassenabgabe	41.0	75.7	51.7
20.02.1994	406	Bundesbeschluss über die Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe	48.3	78.9	58.4
20.02.1994	407	Bundesbeschluss über die Einführung einer leistungs- oder verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe	46.5	73.0	55.4
20.02.1994	408	Volksinitiative «zum Schutze des Alpengebietes vor dem Transitverkehr»	36.9	52.1	44.8
20.02.1994	409	Luftfahrtgesetz	60.0	60.6	58.1
12.06.1994	410	Bundesbeschluss über einen Kulturförderungsartikel in der Bundesverfassung (Art. 27septies BV)	54.7	53.1	64.0

12.06.1994	411	Bundesbeschluss über die Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung (Erleichterte Einbürgerung für junge Ausländer)	55.3	55.1	61.5
12.06.1994	412	Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen (BTFO)	42.8	45.3	52.4
25.09.1994	413	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Verbilligung von inländischem Brotgetreide aus Zolleinnahmen	53.3	68.4	53.6
25.09.1994	414	Schweizerisches Strafgesetzbuch Militärstrafgesetz	49.4	59.7	61.5
04.12.1994	415	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)	66.7	52.4	83.8
04.12.1994	416	Volksinitiative «für eine gesunde Krankenversicherung»	36.2	24.4	41.7
04.12.1994	417	Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	60.9	72.1	56.6
12.03.1995	418	Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «für eine umweltgerechte und leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft»	56.1	48.1	68.7
12.03.1995	419	Milchwirtschaftsbeschluss 1988 (MWB 1988)	43.5	34.6	57.6
12.03.1995	420	Landwirtschaftsgesetz	43.5	32.1	57.8
12.03.1995	421	Bundesbeschluss über eine Ausgabenbremse	79.3	84.9	81.0
25.06.1995	422	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung	41.6	65.3	39.7
25.06.1995	423	Volksinitiative «zum Ausbau von AHV und IV»	35.4	25.1	41.1
25.06.1995	424	Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	46.3	43.9	51.2
10.03.1996	425	Bundesbeschluss über die Revision des Sprachenartikels in der Bundesverfassung (Art. 116 BV)	75.4	73.6	80.5
10.03.1996	426	Bundesbeschluss über den Uebertritt der bernischen Gemeinde Vellerat zum Kanton Jura	72.7	89.3	92.9
10.03.1996	427	Bundesbeschluss über die Aufhebung der kantonalen Zuständigkeit im Bereich der persönlichen Ausrüstung der Armeeangehörigen	44.4	47.3	29.4
10.03.1996	428	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Uebernahme von Branntwein	76.2	83.0	72.6
10.03.1996	429	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Bundesbeiträge an Bahnhofparkplatzanlagen	45.0	60.3	42.7
09.06.1996	430	Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «Bauern und Konsumenten - für eine naturnahe Landwirtschaft»	70.1	79.2	70.2
09.06.1996	431	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG)	38.5	33.4	45.3
01.12.1996	432	Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung»	44.5	45.7	34.8
01.12.1996	433	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	19.8	31.8	13.3
08.06.1997	434	Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!»	23.0	26.1	21.3
08.06.1997	435	Volksinitiative «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»	19.7	22.7	26.1
08.06.1997	436	Bundesbeschluss über die Aufhebung des Pulverregals	79.6	85.3	79.6
28.09.1997	437	Bundesbeschluss über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung	28.3	51.4	19.6
28.09.1997	438	Volksinitiative «Jugend ohne Drogen»	38.3	30.1	25.5
07.06.1998	439	Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich	59.0	73.0	52.1
07.06.1998	440	Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation (Gen-Schutz-Initiative)»	25.3	42.5	27.6
07.06.1998	441	Volksinitiative «S.o.S. - Schweiz ohne Schnüffelpolizei»	26.8	25.0	34.4
27.09.1998	442	Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	44.6	57.9	49.3
27.09.1998	443	Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»	19.2	27.2	16.3
27.09.1998	444	Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»	56.1	38.3	68.2
29.11.1998	445	Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs	57.5	66.3	61.0
29.11.1998	446	Bundesbeschluss über einen befristet geltenden, neuen Getreideartikel	75.3	81.4	71.9
29.11.1998	447	Volksinitiative «für eine vernünftige Drogenpolitik»	17.3	27.9	17.3
29.11.1998	448	Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	46.3	66.7	35.3
07.02.1999	449	Bundesbeschluss über die Änderung der Voraussetzung für die Wählbarkeit in den Bundesrat	64.0	80.3	45.8
07.02.1999	450	Bundesbeschluss betreffend die Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin	89.6	89.0	89.8
07.02.1999	451	Volksinitiative «Wohneigentum für alle»	33.9	36.4	34.5
07.02.1999	452	Bundesgesetz über die Raumplanung	61.3	55.4	58.3
18.04.1999	453	Bundesbeschluss über eine neue Bundesverfassung	67.8	61.6	76.2
13.06.1999	454	Asylgesetz	59.8	73.9	52.6
13.06.1999	455	Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich	59.4	74.0	51.4
13.06.1999	456	Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin	40.4	54.1	49.1
13.06.1999	457	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	26.6	27.9	22.4
13.06.1999	458	Bundesgesetz über die Mutterschaftsversicherung	56.8	35.0	70.3
12.03.2000	459	Bundesbeschluss über die Justizreform	85.3	88.5	82.3
12.03.2000	460	Volksinitiative «für Beschleunigung der direkten Demokratie (Behandlungsfristen für Volksinitiativen in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs)»	32.0	26.1	25.1
12.03.2000	461	Volksinitiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)»	21.2	16.1	23.1
12.03.2000	462	Volksinitiative «zum Schutze des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie (Initiative für menschenwürdige Fortpflanzung [FMF])»	24.2	29.1	19.3
12.03.2000	463	Volksinitiative «für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen (Verkehrshalbierungs-Initiative)»	12.9	23.9	13.9
21.05.2000	464	Bundesbeschluss über die Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft andererseits	72.0	68.2	77.3
24.09.2000	465.1	Volksinitiative «für einen Solarrappen»	24.3	33.6	26.1
24.09.2000	465.2	Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien	38.2	48.9	40.0

24.09.2000	466	Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt	32.6	49.8	34.6
24.09.2000	467	Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung»	33.8	36.9	25.5
24.09.2000	468	Volksinitiative «Mehr Rechte für das Volk dank dem Referendum mit Gegenvorschlag»	39.2	32.2	35.6
26.11.2000	469	Volksinitiative «für eine Flexibilisierung der AHV - gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen»	56.8	34.9	63.9
26.11.2000	470	Volksinitiative «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»	63.4	41.9	70.5
26.11.2000	471	Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze»	54.3	31.2	62.6
26.11.2000	472	Volksinitiative «für tiefere Spitalkosten»	19.7	14.2	21.8
26.11.2000	473	Bundespersonalgesetz	57.1	69.0	46.8
04.03.2001	474	Volksinitiative «Ja zu Europa!»	35.3	22.8	44.1
04.03.2001	475	Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»	25.2	31.7	20.0
04.03.2001	476	Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»	14.5	22.6	12.7
10.06.2001	477	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Bewaffnung)	44.7	58.3	44.6
10.06.2001	478	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Ausbildungszusammenarbeit)	44.9	58.0	44.2
10.06.2001	479	Bundesbeschluss über die Aufhebung der Genehmigungspflicht für die Errichtung von Bistümmern	48.8	60.7	69.8
02.12.2001	480	Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse	78.9	86.4	75.1
02.12.2001	481	Volksinitiative «für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern!»	20.4	24.5	23.9
02.12.2001	482	Volksinitiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee»	31.7	18.9	40.9
02.12.2001	483	Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen zivilen Friedensdienst (ZFD)»	32.9	20.2	39.2
02.12.2001	484	Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer»	44.8	41.3	45.2
03.03.2002	485	Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO)»	54.7	56.5	63.1
03.03.2002	486	Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit»	34.9	22.8	42.0
02.06.2002	487	Schweizerisches Strafgesetzbuch (Schwangerschaftsabbruch, Fristenregelung)	71.4	73.5	68.3
02.06.2002	488	Volksinitiative «für Mutter und Kind - für den Schutz des ungeborenen Kindes und für die Hilfe an seine Mutter in Not»	24.2	18.8	20.7
22.09.2002	489.1	Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds»	54.7	45.9	42.0
22.09.2002	489.2	Gold für AHV, Kantone und Stiftung (Gegenvorschlag zur Goldinitiative)	38.7	49.1	53.0
22.09.2002	490	Elektrizitätsmarktgesetz	32.0	51.6	35.1
24.11.2002	491	Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch»	48.3	48.7	39.8
24.11.2002	492	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung	40.3	56.1	37.8
09.02.2003	493	Bundesbeschluss über die Änderung der Volksrechte	72.2	74.7	75.3
09.02.2003	494	Bundesgesetz über die Anpassung der kantonalen Beiträge an Spitalbehandlungen	70.9	79.1	72.1
18.05.2003	495	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Armee XXI)	77.1	80.6	74.0
18.05.2003	496	Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz	81.3	84.1	75.9
18.05.2003	497	Volksinitiative «Ja zu fairen Mieten»	45.0	32.2	45.4
18.05.2003	498	Volksinitiative «für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit - ein Versuch für vier Jahre»	35.1	42.4	32.6
18.05.2003	499	Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben»	43.2	26.6	43.8
18.05.2003	500	Volksinitiative «Gleiche Rechte für Behinderte»	50.5	36.0	54.8
18.05.2003	501	Volksinitiative «Strom ohne Atom - Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke»	36.4	32.3	42.0
18.05.2003	502	Volksinitiative «MoratoriumPlus - Für die Verlängerung des Atomkraftwerk-Baustopps und die Begrenzung des Atomrisikos»	43.0	41.4	45.5
18.05.2003	503	Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot»	44.1	31.8	44.5
08.02.2004	504	Gegenentwurf zur Volksinitiative «Avanti - für sichere und leistungsfähige Autobahnen»	38.2	35.6	30.5
08.02.2004	505	Obligationenrecht (Miete), Änderung	24.7	37.2	21.5
08.02.2004	506	Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter»	62.0	52.6	52.8
16.05.2004	507	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (11. AHV-Revision)	13.2	31.7	13.6
16.05.2004	508	Bundesbeschluss über die Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	19.9	34.9	18.9
16.05.2004	509	Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben	15.9	27.9	18.2
26.09.2004	510	Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation	48.9	44.5	54.7
26.09.2004	511	Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation	56.6	50.9	62.4
26.09.2004	512	Volksinitiative „«Postdienst für alle»	65.3	47.3	71.6
26.09.2004	513	Bundesgesetz über die Erwerbersatzordnung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivilschutz (Erwerbersatzgesetz, EOG)	69.2	54.2	79.6
28.11.2004	514	Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)	60.5	72.9	71.5
28.11.2004	515	Bundesbeschluss über eine neue Finanzordnung	65.8	79.6	69.9
28.11.2004	516	Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen	65.3	61.5	70.7
05.06.2005	517	Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und Dublin	56.6	56.9	60.9

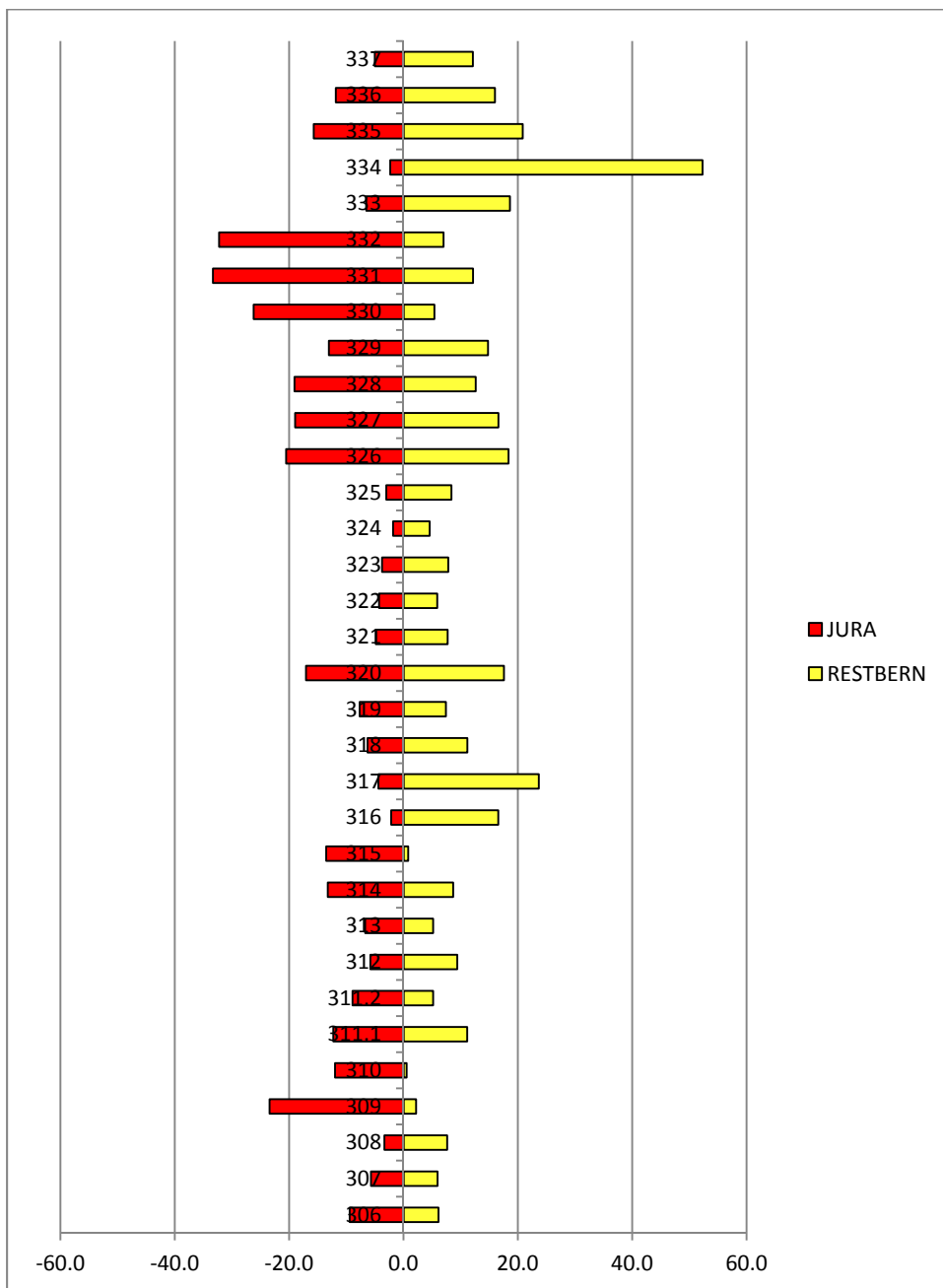
05.06.2005	518	Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)	45.4	58.7	49.2
25.09.2005	519	Bundesbeschluss über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten und über die Revision der flankierenden Massnahmen	55.0	60.6	58.6
27.11.2005	520	Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»	67.9	56.9	75.9
27.11.2005	521	Arbeitsgesetz (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)	35.3	53.2	21.2
21.05.2006	522	Bundesbeschluss über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung	91.6	93.0	89.5
24.09.2006	523	Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV»	56.7	41.7	49.8
24.09.2006	524	Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	61.9	69.2	52.7
24.09.2006	525	Änderung des Asylgesetzes	61.8	68.7	52.8
26.11.2006	526	Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	51.1	55.5	60.1
26.11.2006	527	Bundesgesetz über die Familienzulagen	79.7	72.7	83.8
11.03.2007	528	Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse»	57.6	28.3	57.7
17.06.2007	529	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung	45.3	59.7	45.4
24.02.2008	530	Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten»	39.0	33.8	43.0
24.02.2008	531	Bundesgesetz über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen	36.1	49.2	42.7
01.06.2008	532	Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen»	29.2	37.1	19.7
01.06.2008	533	Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda»	20.7	23.2	13.9
01.06.2008	534	Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»	17.7	33.2	12.6
30.11.2008	535	Volksinitiative «für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern»	52.6	48.5	52.4
30.11.2008	536	Volksinitiative «für ein flexibles AHV-Alter»	55.7	38.0	59.9
30.11.2008	537	Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!»	29.7	29.6	27.7
30.11.2008	538	Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz»	28.5	39.4	32.2
30.11.2008	539	Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe	58.0	69.8	64.3
08.02.2009	540	Bundesbeschluss über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft sowie über die Genehmigung des Protokolls über die Ausdehnung des Abkommens auf Bulgarien und Rumänien	61.4	63.0	66.9
17.05.2009	541	Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)	70.2	66.8	77.2
17.05.2009	542	Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente	42.9	49.9	44.0
27.09.2009	543	Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	54.5	54.2	64.7
27.09.2009	544	Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	60.9	69.9	63.1
29.11.2009	545	Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	54.4	66.4	58.1
29.11.2009	546	Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	31.7	29.6	39.0
29.11.2009	547	Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	64.8	60.6	51.1
07.03.2010	548	Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen	76.7	75.3	77.3
07.03.2010	549	Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere»	19.0	31.1	17.3
07.03.2010	550	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)	14.1	28.2	14.7
26.09.2010	551	Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzschiädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)	32.6	55.4	24.0
28.11.2010	552.1	Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative) »	52.5	53.1	42.0
28.11.2010	552.2	Bundesbeschluss über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer (direkter Gegenentwurf zur Ausschaffungsinitiative)	41.7	45.2	43.9
28.11.2010	553	Volksinitiative "Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative) »	60.5	48.0	59.0
13.02.2011	554	Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»	42.9	40.6	52.1
11.03.2012	555	Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen! »	58.6	54.7	53.9
11.03.2012	556	Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen»	46.0	35.3	48.5
11.03.2012	557	Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»	43.9	30.7	49.3
11.03.2012	558	Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke	87.6	87.1	88.2
11.03.2012	559	Bundesgesetz über die Buchpreisbindung	64.1	39.9	71.2
17.06.2012	560	Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»	26.7	23.3	26.7
17.06.2012	561	Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»	24.1	22.5	18.2
17.06.2012	562	Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care)	16.4	29.2	16.3
23.09.2012	563	Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend + musik»)	74.2	71.4	75.4
23.09.2012	564	Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter»	45.9	41.1	42.1
23.09.2012	565	Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»	33.8	30.1	28.1
25.11.2012	566	Tierseuchengesetz (TSG)	65.1	67.6	72.2

ANHANG 2:

Differenzen im Ja-Stimmenanteil zwischen dem Berner Jura und Restbern bzw. dem Kanton Jura (einzelne Vorlagen pro 5 Jahre)nach Abstimmung

1980-1985 (33 VORLAGEN)

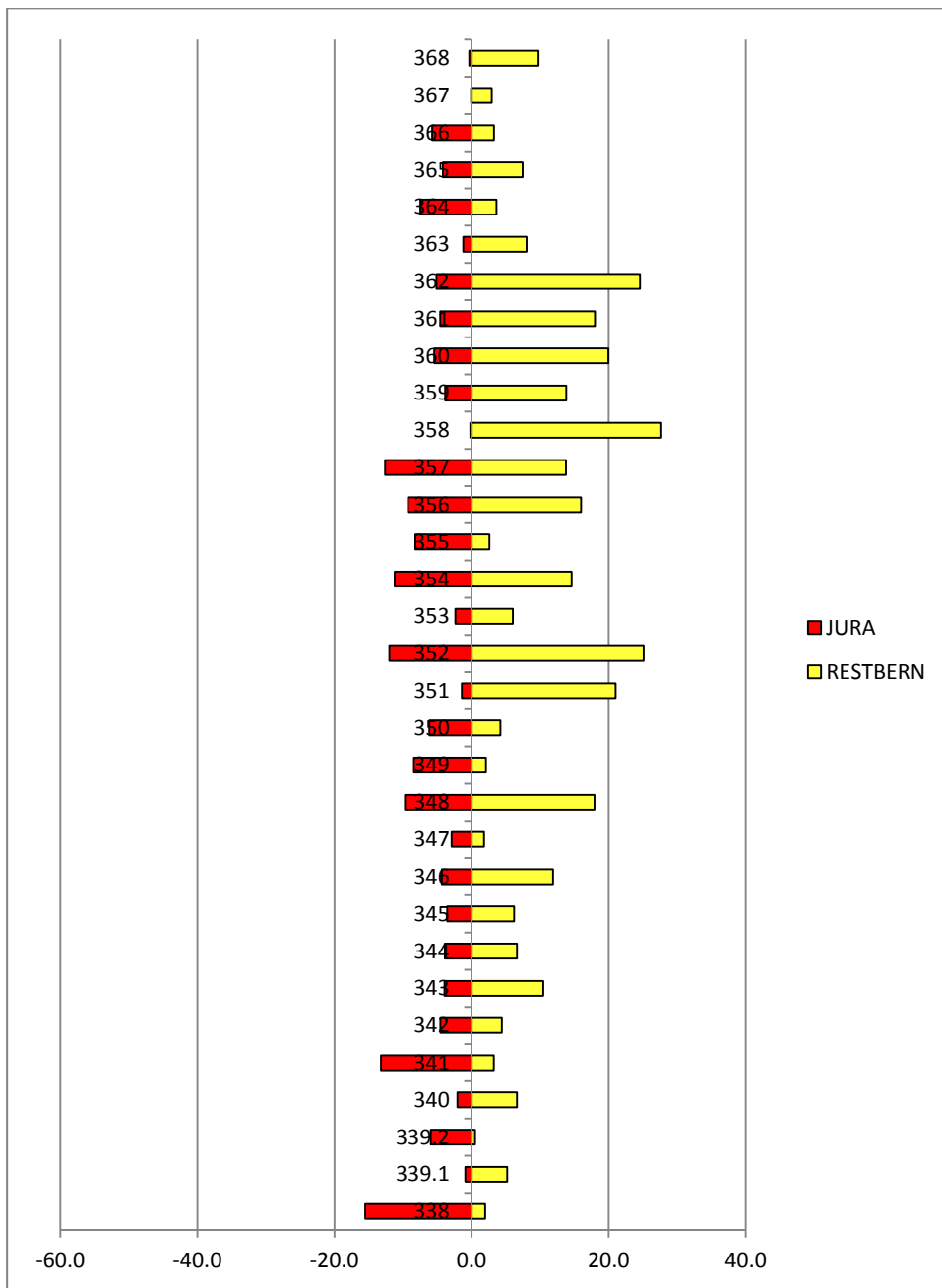
Mittlere Abweichung zu Restbern: 11.5; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 11.3



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

1986-1990 (32 VORLAGEN)

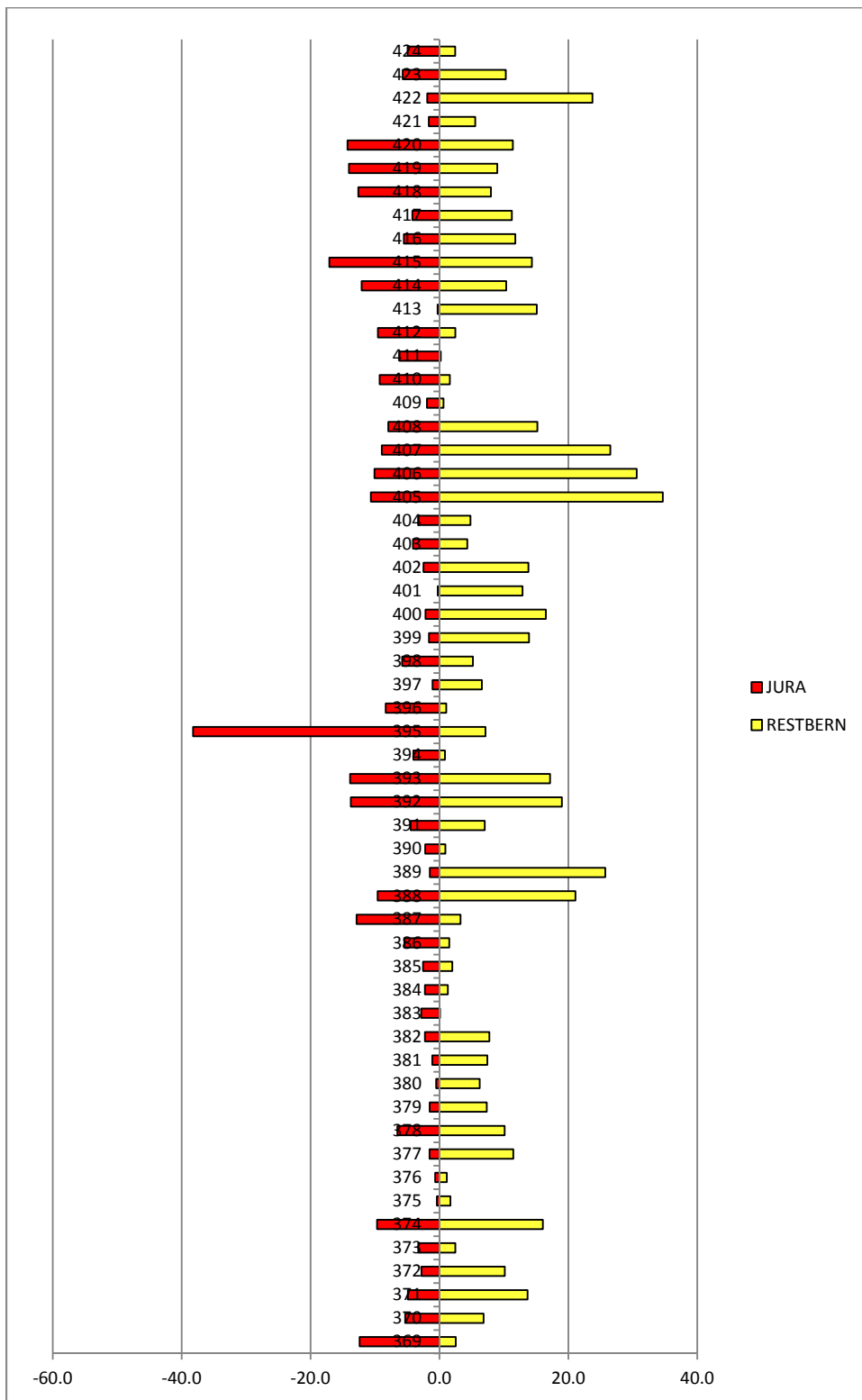
Mittlere Abweichung zu Restbern: 10.0; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 5.6



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

1991-1995 (56 VORLAGEN)

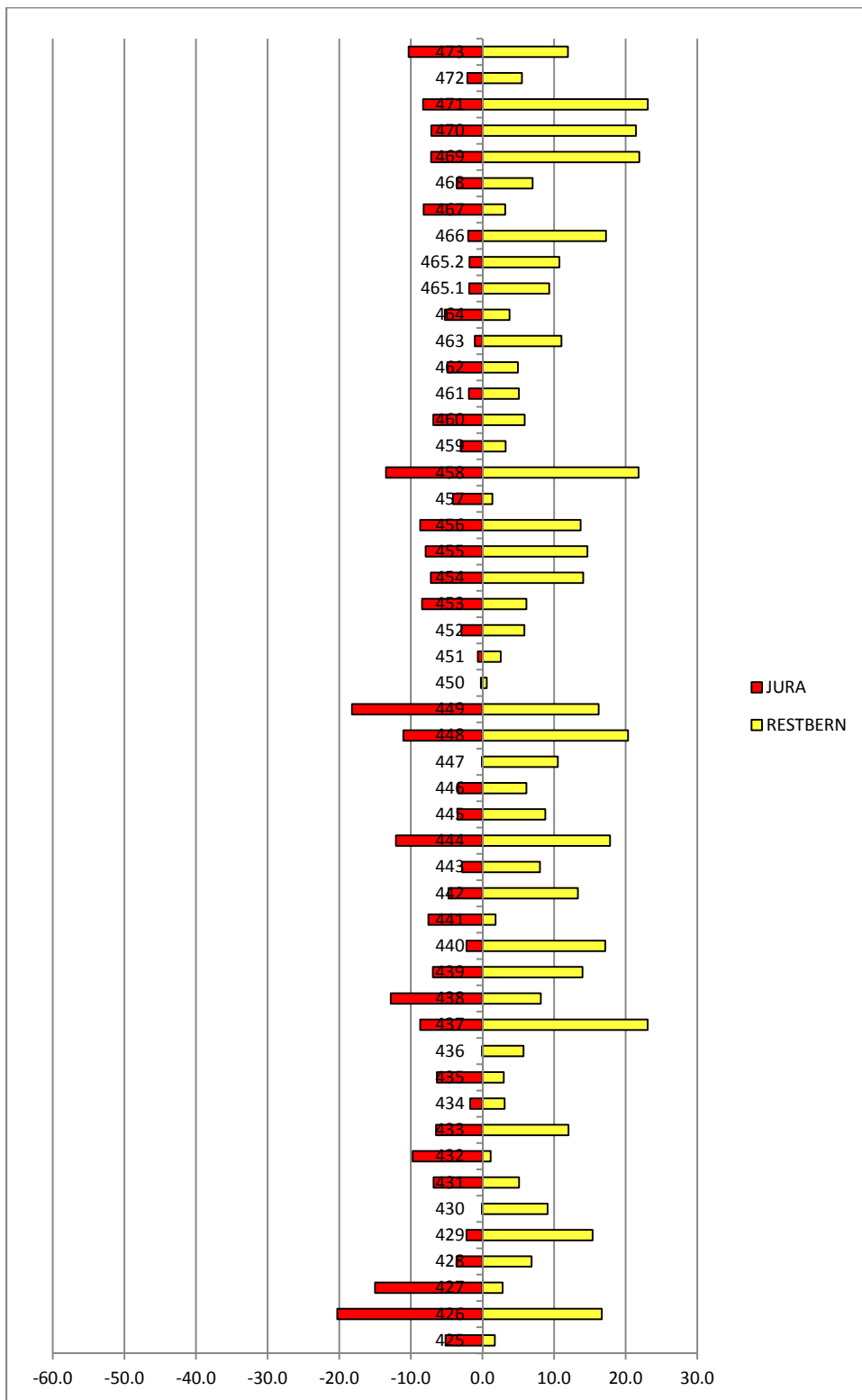
Mittlere Abweichung zu Restbern: 9.6; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 6.3



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

1996-2000 (50 VORLAGEN)

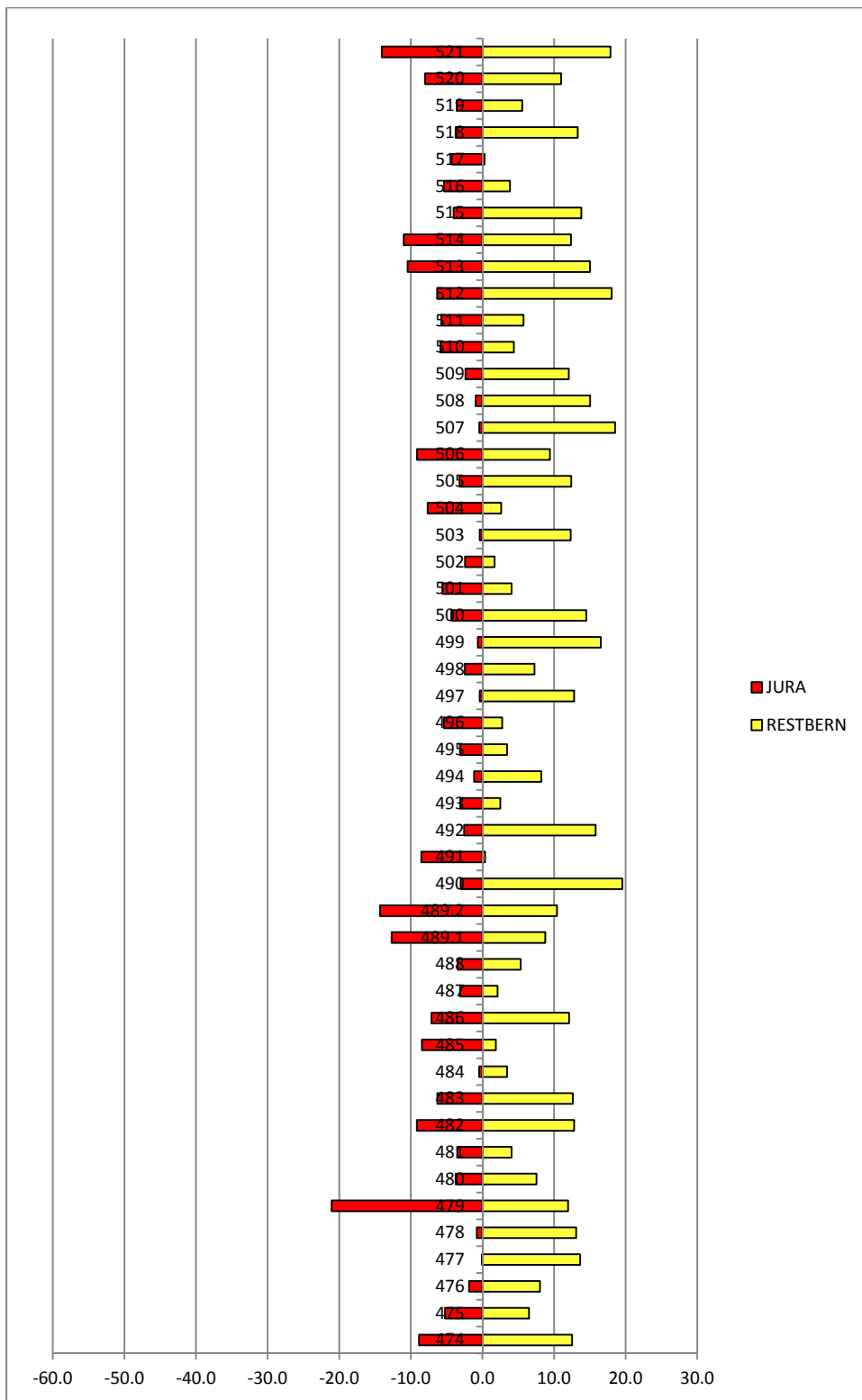
Mittlere Abweichung zu Restbern: 9.9; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 6.0



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

2001-2005 (49 VORLAGEN)

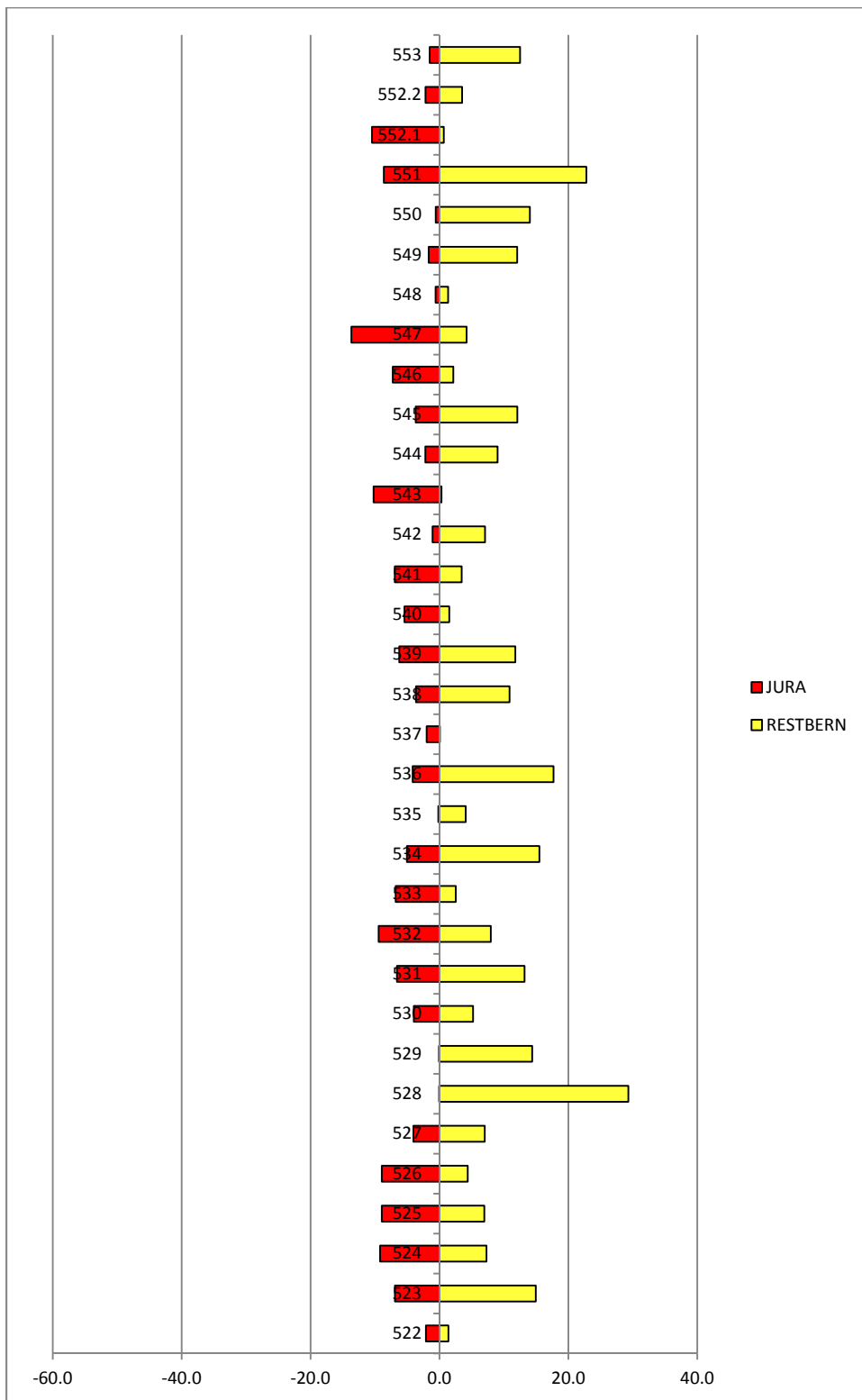
Mittlere Abweichung zu Restbern: 9.4; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 5.3



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

2006-2010 (33 VORLAGEN)

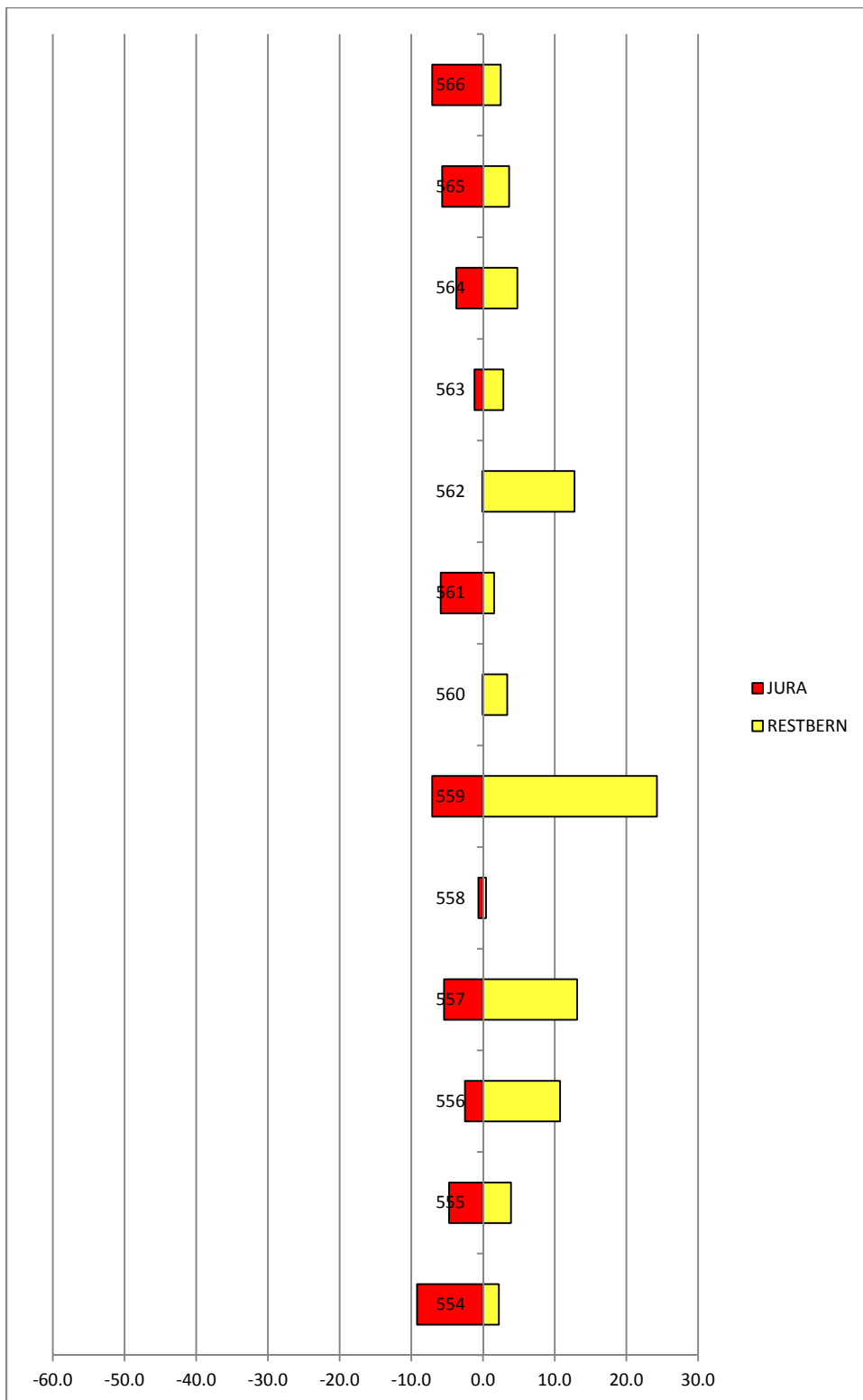
Mittlere Abweichung zu Restbern: 8.5; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 5.0



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

2011-2012 (13 VORLAGEN)

Mittlere Abweichung zu Restbern: 6.6; Mittlere Abweichung zum Kanton Jura: 4.1



BFS-Abstimmungsnummer (chronologisch; vgl. Anhang 1)

LITERATUR

- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1963). *The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park: Sage Publications.
- Bolliger, Christian (2007). *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003*. Bern: Haupt.
- Bühlmann, Marc (2012). *Municipal identity. A multilevel analysis of the determinants of individual attachment to municipalities*. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6(2): 149-175.
- Freitag, Markus (2014). *Politische Kultur*. IN: Peter Knoepfel, Pascal Scierini, Yannis Papadopoulos, Adrian Vatter und Silja Häusermann (Hg.). *Handbuch der Schweizer Politik*, 5. Vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: NZZ-verlag (i.E.).
- Gabriel, Oscar W. (2008). *Politische Einstellungen und politische Kultur*, in: Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp (Hg.). *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 181-214.
- Linder, Wolf (2012). *Schweizerische Politik. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Linder, Wolf und Isabelle Steffen (2006). *Politische Kultur*, in: Ulrich Klöti, Peter Knoepfel, Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Yannis Papadopoulos und Pascal Sciarini (Hg.). *Handbuch der Schweizer Politik*, 4., vollständig überarbeitete Auflage. Zürich: NZZ Verlag, 15-34.
- Linder, Wolf, Regula Zürcher und Christian Bolliger (2008). *Gespaltene Schweiz, geeinte Schweiz, Baden: hier und jetzt*.
- Seitz, Werner (1997). *Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten: Eine Begriffsgeschichte und Methodenkritik*. Zürich: Realtopia Verlagsgenossenschaft.
- Vatter, Adrian, Fritz Sager, Marc Bühlmann und Markus Maibach (2000). *Akzeptanz der schweizerischen Verkehrspolitik bei Volksabstimmungen und im Vollzug*. NFP41, Bericht D12. Bern: EDMZ.